

Der Einfluss von Einkommenslage und Lebenslage auf das Mortalitätsrisiko

von Wolfgang Voges und Olaf Groh-Samberg

1. Einleitung

Die vorzeitige Sterblichkeit gilt als der stärkste Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung einer Gesellschaft. Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten stellt sich die Frage nach vermeidbarer vorzeitiger Sterblichkeit und damit nach den Einflussgrößen, die Unterschiede in der Lebenserwartung bedingen. Im angloamerikanischen und skandinavischen Raum hat sich eine lange Tradition zur Untersuchung sozioökonomischer Bedingungen von Überlebenschancen und Übersterblichkeit entwickelt. In Deutschland findet sich erst seit den 1990er Jahren eine elaborierte Forschung zu diesem Thema. Von daher besteht nicht nur ein Forschungsdefizit zum Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Mortalität im Allgemeinen, sondern insbesondere auch in Bezug auf „Armut und Übersterblichkeit“. Darüber hinaus wird häufig der Kontext für bessere Überlebenschance vernachlässigt.

Zahlreiche Studien, unter anderem aus dem ZeS, haben den Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Mortalität belegt (so etwa Borchert 2008; Helmert, Voges 2002; Helmert et al. 2002; Klein, Unger 2001; Voges 1996; Voges, Schmidt 1996; Klein 1996). Alle Studien kommen dabei zu dem Ergebnis, dass das Mortalitätsrisiko erheblich mit abnehmender sozioökonomischer Position zunimmt. Man kann daher von einer inversen Beziehung zwischen sozioökonomischem Status und Gesundheit ausgehen. Von diesen gesundheitlichen Ungleichheiten sind aber nicht nur die untersten sozialen Statusgruppen betroffen. Vielmehr zieht sich der Gradient der gesundheitlichen Ungleichheit quer durch alle sozialen Positionen. Erstaunlicherweise ist dieser Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und dem Gesundheitszustand jedoch bei Nicht-Erwerbspersonen im Erwachsenenalter

Aus dem Inhalt

• Der Einfluss von Einkommenslage und Lebenslage auf das Mortalitätsrisiko von W. Voges und O. Groh-Samberg	1
• Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien von S. Scherger	8
• Trajectories of Change - The Welfare State after the Financial Crisis von Herman Schwartz	13
• Soziale Präferenzen als Transmissionskanal zwischen Ungleichheit und Wachstum von F. Paetzel	15
• Berichte	18
• Tagungen	18
• Projekte	20
• Personalalia	22
• Ankündigungen	23
• Tagungen	23
• Veröffentlichungen	26
• Neuerscheinungen	26
• Arbeitspapiere	26
• Jour-fixe Reihe	28

Editorial

Der Leitartikel thematisiert den Zusammenhang von Lebenslage, Einkommenslage und dem Risiko, einen, gemessen an der durchschnittlichen gesellschaftlichen Lebenserwartung, vorzeitigen Tod zu sterben. Die Autoren bieten einen ersten Überblick zum deutschen Stand der im anglo-amerikanischen Raum schon länger etablierten Erforschung der Wirkung sozioökonomischer Ungleichheit auf die Mortalitätsrate.

Mit ihrem Aufsatz „Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien“ präsentiert Simone Scherger, die wir Ihnen in der vergangenen Ausgabe schon vorgestellt haben, die Schwerpunkte der von ihr geleiteten, gleichnamigen Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe.

Auch zu „Trajectories of Change – The Welfare State after the Financial Crisis“ des Politologen Herman Schwartz existiert ein Vorlauf: Der Text antwortet auf einen Beitrag von Peter A. Hall, der im letzten ZeS report abgedruckt war. Schwartz schließt eine Miniserie zum Problemkomplex „Finanzkrise und Wohlfahrtsstaat“ ab, die in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung entstand.

Abschließend stellt Fabian Paetzel ein erfolgreiches Forschungsprojekt aus der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums vor. Seine Dissertation zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und wirtschaftlichem Wachstum wird im Herbstprogramm der ZeS-Reihe beim Campus Verlag erscheinen. Hier hat er die Kernaussagen der Arbeit in pointierter Form zusammengestellt.

Christian Peters

noch immer unzureichend erforscht. Einer der Hauptgründe dafür ist sicher darin zu sehen, dass es zum Teil sehr schwierig ist, den soziökonomischen Status für diese Bevölkerungsgruppen adäquat zu erfassen. Dies gilt vor allem dann, wenn Personen langfristig nicht im Erwerbssystem eingebunden sind.

Welche Einflussfaktoren die Entwicklung von Übersterblichkeit im Zeitverlauf beeinflussen, lässt sich nur aus Längsschnittstudien erkennen. Während international eine große Anzahl von Längsschnittstudien hierzu wichtige Befunde liefern konnten, liegen für Deutschland bis Mitte der 1990er Jahre zu dieser Fragestellung nur sehr spärliche Befunde vor. In den letzten Jahren sind in Deutschland allerdings aus vier unterschiedlichen Datenquellen mit einem Längsschnittdesign eine Reihe von Resultaten hinsichtlich der Einflussfaktoren für die Entwicklung von Morbidität und Mortalität präsentiert worden. Dabei handelt es sich um die MONICA Kohortenstudie Augsburg seit 1984 (z.B. Klein et al. 2001; Schneider 2001), die Kohortenstudie einer Allgemeinen Ortskrankenkasse in Nordrhein-Westfalen seit 1987 (Geyer, Peter 1998), die Kohortenstudie der Gmünder Ersatzkasse seit 1989 (z.B. Voges et al. 2004; Helmert et al. 2002; König 2001) sowie das Sozioökonomische Panel seit 1984 (z.B. Klein, Unger 2002; Reil-Held 2000; Voges 1996; Klein 1996, 1993)

Zwei Erklärungsansätze zur sozialen Ungleichheit vor dem Tod haben in Deutschland eine größere Verbreitung gefunden. Opolzner (1986) erklärt den Zusammenhang zwischen ungleichen Lebensbedingungen und ungleichem Gesundheitszustand mit Rückgriff auf die Stress-and-Strain-Hypothese und die Non-Starter-Hypothese. Dabei geht er letztlich allerdings davon aus, dass die gesundheitlichen Disparitäten auf ungleichen Arbeits- und Lebensbedingungen beruhen. Dies verdeutlicht Opolzner (1993) noch einmal, indem er auf die primären und sekundären Effekte der Arbeitswelt aufmerksam macht. Einen anderen Ansatz zur Erklärung sozialer Differenzen im Gesundheitszustand verschiedener sozialer Gruppen, der insbesondere auf die Handlungsweisen von Personen abhebt, hat Ingbert Weber (1994) vorgelegt. Dabei sieht er Gesundheit als etwas an, dass „nicht nur soziale Lebenschancen [eröffnet], sondern auch das Ergebnis sozialer Prozesse [ist]: Gesundheit wird beständig durch Lebensstil und Umwelteinflüsse produziert oder beeinträchtigt“ (ebd.: 195f.). Für ihn erweisen sich in diesem Zusammenhang primär vier verschiedene Handlungsmuster als

wesentliche Bestimmungsgründe für den Gesundheitszustand einer Person. Dabei handelt es sich um das allgemein gesundheitsbezogene Handeln, Handlungsweisen bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie zur Bewältigung von Belastungen und schließlich jene mit gesundheitsschädigender Wirkung.

Steinkamp (1993, 1999) kritisiert an den Erklärungsansätzen für den sozialen Gradienten zwischen sozioökonomischem Status und Morbidität bzw. Mortalität die „theoretisch wie empirisch wenig elaborierte Verursachungskette von der Makrostruktur zur Individual-ebene, wobei diese sowohl in Hinblick auf Vollständigkeit und Stringenz bei der Konzeptualisierung ihrer Glieder als auch hinsichtlich der Plausibilität ihrer Verknüpfung erhebliche Defizite aufweist“ (ebd. 1993: 111). Bezüglich dieser Defizite stehen für Steinkamp vier problematische Punkte im Vordergrund (1.) die unzulängliche Betrachtungsweise ungleicher Lebensbedingungen durch das Konstrukt der sozialen Schicht, (2.) die inadäquat „weiten ‚Kausalsprünge‘ von der Makro- zur Individual-ebene“, d.h. vor allem das Fehlen der Berücksichtigung der Mesoebene, (3.) das behavioristische Menschenbild, das eine subjektive Perspektive ausblendet sowie (4.) die Vernachlässigung der Dimension der Zeit.

An dieser Stelle ist es angebracht, sich zu vergegenwärtigen, dass auch bei einer Betrachtung sozialer Einflussgrößen auf das Mortalitätsrisiko das Sterben ein biologischer Vorgang ist. Die Frage nach den Ursachen für diesen Vorgang muss deshalb auf der biologischen Ebene und den äußeren Einwirkungen auf einem dem Sterblichkeitsrisiko ausgesetzten Organismus ansetzen. Von daher ist es auch nicht möglich, bestimmten kausalen Hypothesen über die soziale Bedingtheit von Todesursachen nachzugehen. Auf diesen Zusammenhang bezieht sich auch Virchows berühmte Aussage „der Tod ist eine soziale Krankheit“. Sozialwissenschaftliche Analysen müssen deshalb eher auf einer mittleren Reichweite bei der Erklärung unterschiedlicher Überlebenschancen ansetzen. Da sie Mortalität nicht kausal erklären, sondern nur aufzeigen können, in welcher Weise das Sterblichkeitsgeschehen bei unterschiedlichen Einkommenslagen bzw. Lebenslagen differiert, haben sie eher deskriptiven Charakter.

Während die theoretischen Grundlagen zur Erklärung des sozioökonomischen Status und der Unterschiede im Sterblichkeitsgeschehen nicht sehr ausgearbeitet sind, kann der bisherigen

Forschung eine Vielzahl von einzelnen Faktoren entnommen werden, die das Mortalitätsrisiko bzw. die Überlebenschancen positiv wie negativ beeinflussen können:

- die Erwerbsklasse und Klassenlage, bei der im Allgemeinen davon ausgegangen wird, dass mit der Marktlage und der Höhe der Stellung im Erwerbssystem das Mortalitätsrisiko sinkt und die Lebenserwartung steigt (z.B. Voges et al. 2004; Helmert 2000; Klein 1999, 1993; Voges, Schmidt 1996; Weber 1994);

- das Bildungsniveau, nach dem mit zunehmende Bildung, verstanden als Humankapital oder Kompetenz, das Mortalitätsrisiko abnimmt (z.B. Klein et al. 2001; Stolpe 2001; Rohwer, Voges 1996);

- der Familienstand bzw. die Lebensform, die nach der Protektionsthese für Personen in einer Partnerschaft das Risiko verringern, frühzeitig zu versterben (z.B. Helmert, Voges 2006; Luy 2002; Helmert 2000; Kolip 1996);

- das Geschlecht, das unterschiedlichen Thesen folgend (z.B. Wahrnehmungs-/ Belastungsverarbeitung, Prävention/ Unterstützung, Belastungen durch Erwerbsarbeit, Lebensstil oder biologisch-medizinische Annahmen) auf eine deutlich größere Lebenserwartung für Frauen verweist (z.B. Helmert, Voges 2002; Eickenbach, Hurrelmann 1998; Maschewsky-Schneider 1994);

- die Einkommenslage bzw. die Lebenslage, die insbesondere als Ausdruck der materiellen Lebensbedingungen bzw. eines allgemein akzeptierten Lebensstandards negativ mit dem Mortalitätsrisiko zusammenhängen (z.B. Lampert et al. 2007; Klein, Unger 2006, 2001; Geyer, Peter 2000);

- das Wohneigentum als Ausdruck von Investitionen in ehespezifisches Kapital wirkt protektiv und vermindert das Frühsterblichkeitsrisiko; dagegen verweist fehlender Besitz auf ungleiche Chancen der Bildung von Realvermögen (Kurz 2000), der mit der Klassenlage korreliert und negativ die Lebenserwartung beeinflusst.

- der Migrationshintergrund, der zum einen auf Personen verweist, die in jungen Jahren und guter Gesundheit zugewandert sind und damit gegenüber Nicht-Migranten für eine positive gesundheitliche Auswahl stehen mit einem geringeren Risiko frühzeitig zu versterben. Migranten nehmen jedoch häufig Arbeitsplätze mit hohen gesundheitlichen Belastungen ein, wodurch der „Healthy-Migrant-Effect“ auf die Überlebenschancen weitaus geringer

anzusetzen (z.B. Kohls 2011; Altenhofen, Weber 1993) ist;

- der Landesteil bzw. Ost-West-Unterschied steht für ein Sterblichkeitsgeschehen, bei dem sich die Lebenserwartung in Ostdeutschland langfristig dem höheren Niveau in Westdeutschland annähert, aber nach der Wiedervereinigung ein hohes Mortalitätsrisiko unter ostdeutschen Männern aufweist (z.B. Scholz et al. 2009; Wolf, Wendt 2006; Wiesner 2001).

Die sozioökonomischen Unterschiede in den Überlebenschancen in Westeuropa werden gewöhnlich mit den von Townsend und Davidson (1988) im „Black Report“ vorgestellten sozialen Unterschieden in Mortalität und Morbidität in vier Erklärungsansätzen erörtert. Danach lässt sich das mit abnehmendem sozioökonomischem Status steigende Mortalitätsrisiko erklären durch: 1. methodische Artefakte, 2. soziale Selektion (= „Krankheit macht arm“), 3. Kultur und Gesundheitsverhalten und 4. materielle Lebensbedingungen (= „Armut macht krank“). Seither lassen sich nahezu alle gegenwärtigen Studien zur Frühsterblichkeit einem oder mehreren dieser vier Erklärungsansätze zuschreiben.

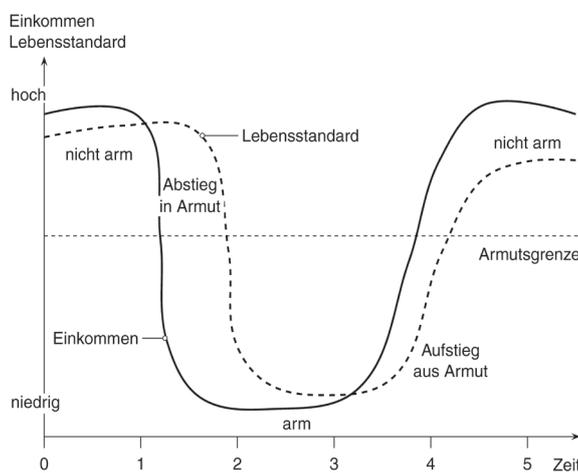
Im folgenden Beitrag wird der Zusammenhang von Armut gemessen über Einkommenslagen bzw. Lebenslagen und Mortalität betrachtet. In den meisten Studien mit einem ähnlichen thematischen Bezug werden zeitpunktsbezogene Angaben zur Einkommensarmut zu Grunde gelegt. Die Veränderung der Einkommenslagen und Lebenslagen sowie deren unterschiedlicher Einfluss auf das Mortalitätsrisiko kann dadurch nicht angemessen eingeschätzt werden. Um diesen Fragen nachzugehen werden prospektive Daten von Personen benötigt, deren Vitalstatus und Lebensbedingungen in Zeitperiode beobachtet werden kann.

2. Armut und Zeitperiode

Unabhängig, ob man Einkommenslagen oder Lebenslagen zur Bestimmung von Armut heranzieht, muss man sich vergegenwärtigen, dass es sich um eine „Stromgröße“ handelt, die pro Zeiteinheit definiert wird. Damit stellt sich stets die Frage nach der Zeitperiode, die am besten geeignet ist, diese Stromgröße und deren Wirkung zu erfassen. Bei der Betrachtung des Zusammenhangs von Mortalität und Armut wird zumeist implizit unterstellt, dass unmittelbar mit der Verringerung des verfügbaren Ein-

kommens auch die Lebensqualität und der Lebensstandard sinken. Allerdings konnte Halleröd (1995, 1994) in seiner viel beachteten Studie verdeutlichen, dass das Ausmaß an Unterversorgung und Deprivation nicht im gleichen Maße ansteigt wie sich das Haushaltseinkommen verringert. Das verfügbare Haushaltseinkommen liefert nur ein ungenaues Bild vom Umfang und von der Tiefe der Beeinträchtigung von Lebenschancen. Es ist eben durchaus möglich, dass Haushalte trotz niedriger Einkommen einen Lebensstandard wahren können, der gesellschaftlich als akzeptabel gilt, weil etwa der Einkommensmangel nur vorübergehend auftritt. Die Ungleichzeitigkeit von Einkommensmangel und Deprivation kann aber auch daraus resultieren, dass beim Auftreten von Einkommenseinbußen

Abbildung 1: Beziehung zwischen Einkommen und Lebensstandard im Zeitverlauf



Quelle: GORDON et al. 2000: 77.

zunächst versucht wird, ein Absinken des Lebensstandards zumindest teilweise aufzufangen durch Änderung der Konsummuster wie etwa sparsameren Umgang mit den vorhandenen Ressourcen oder Rückgriff auf angespartes Vermögen. Analog ist anzunehmen, dass sich nach einer Armutsphase mit einem Anstieg des verfügbaren Einkommens nicht unmittelbar auch eine Unterversorgung auf einen früheren Lebensstandard anheben lässt. Vermutlich bedarf es eines gewissen Zeitraums, um wieder einen gesellschaftlich akzeptablen Lebensstandard zu erreichen.

Von daher kommt der Zeit in der Beziehung zwischen Einkommensschwäche und Auftreten von Mangelerscheinungen eine wesentliche Bedeutung zu. Gordon et al. (2000) verdeutlichen den Zusammenhang exemplarisch an einem Haushalt (Abbildung 1). Im Zeitraum t_0 bis t_1 verfügt der betrachtete Haushalt sowohl über ein hohes Einkommen (durchgezogene Linie) als auch einen hohen Lebensstandard (gestrichelte

Linie). Zum Zeitpunkt t_1 kommt es zu einem drastischen Einbruch des verfügbaren Einkommens etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes, die Beendigung eines befristeten Beschäftigungsverhältnisses oder die Auflösung einer Partnerschaft durch Trennung oder Scheidung. Durch die zunehmende Einkommensschwäche verringert sich jedoch nicht unmittelbar der Lebensstandard, sondern verbleibt bis zum Zeitpunkt t_2 auf dem hohen Niveau. Von daher ist der Haushalt im Zeitraum t_1 bis t_2 nicht von Lebenslagenarmut betroffen. Er droht jedoch in Lebenslagenarmut abzusinken, da vermehrt Versorgungslücken auftreten und nur ein niedriges Einkommen zur Sicherung des bisherigen Lebensstandards zur Verfügung steht. Da der Haushalt im Zeitraum t_2 bis t_3 sowohl über ein niedriges Einkommen als auch einen niedrigen Lebensstandard verfügt, ist er von Lebenslagenarmut betroffen.

Zum Zeitpunkt t_3 verbessert sich die Einkommenslage relativ schnell, allerdings nicht in der gleichen Geschwindigkeit wie sie sich zuvor verschlechtert hat. Dies ergibt sich üblicherweise aus der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, wobei häufig eine zeitliche Verzögerung zwischen diesem Zeitpunkt und dem der Entlohnung für die erbrachte Arbeit auftritt. Obschon das Einkommen steigt, verbessert sich der Lebensstandard erst nach einer gewissen Zeitspanne, so dass der Haushalt letztlich erst mit einer zeitlichen

Verzögerung seinen Weg aus der Lebenslagenarmut findet. Zum Zeitpunkt t_5 hat der Haushalt wieder ein hohes Einkommen und einen hohen Lebensstandard.

Vergegenwärtigt man sich diesen Zusammenhang, wird auch verständlich, weshalb starke kurzfristige Schwankungen im Einkommen in den seltensten Fällen mit starken Einbrüchen im Lebensstandard einhergehen. Von daher ist Einkommensarmut weniger Ausdruck von unmittelbarer Unterversorgung, sondern eher als eine Prädisposition für Lebenslagenarmut zu verstehen. Einkommensarmut muss mit einer langen Verweildauer in diesem Zustand zusammentreffen, um eine Verringerung des Lebensstandards verursachen zu können. Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, Armutslagen über einen mehrjährigen Zeitraum zu betrachten und eine Armutsmessung über Haushaltseinkommen durch Messungen des Lebensstandards bzw. der

Unterschreitung von Mindeststandards zu ergänzen. Im Folgenden betrachten wir daher den Einfluss von Einkommensarmut und Lebenslagenarmut auf das Mortalitätsrisiko in einem Zeitraum von fünf Jahren.

3. Datenbasis

Das Sample besteht aus Personen, die ab dem Alter von 40 Jahren mindestens fünf Jahre im SOEP beobachtet worden sind. Die Angaben zum Vitalstatus stammen entweder aus der laufenden Befragung oder sie wurden auch viele Jahre nach dem Ausscheiden von Personen aus dem SOEP von Infratest nachträglich recherchiert. Dabei haben wir Personen, die in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren nach dem letzten Interview verstorben sind, als Todesfälle in der Analyse belassen. Dies erscheint angemessen, da schwerkranke Befragte häufig wenige Jahre vor ihrem Tod die Befragung endgültig beendeten. Personen, die erst später als fünf Jahre nach dem Ausscheiden gestorben sind, wurden jedoch bis zum letzten Interview als Lebende geführt.

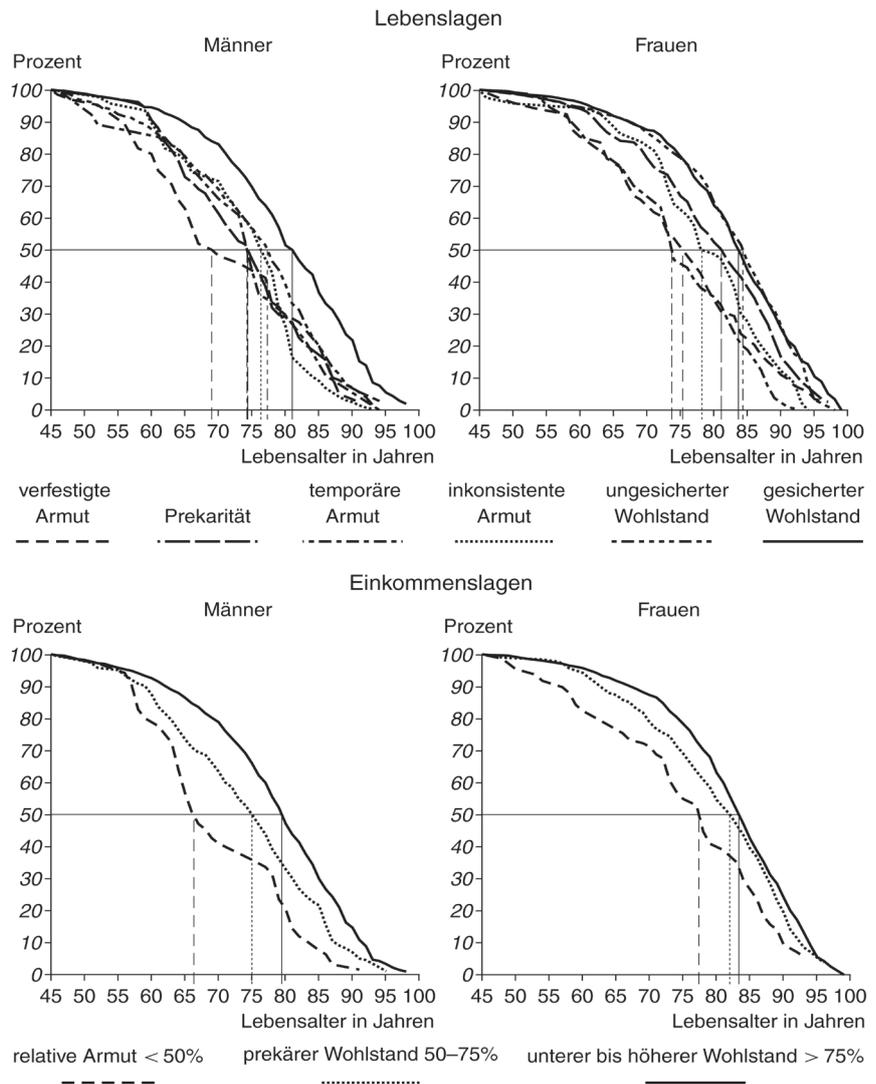
Die Angaben zu den differenzierten Armutslagen beziehen sich auf eine Typologie, die die Einkommenssituation, die Wohnsituation, die finanziellen Rücklagen und die Arbeitslosigkeit jeweils in den zurückliegenden fünf Jahren erfasst. Die Einkommenssituation wird über das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres bestimmt, inklusive des Einkommensvorteils aus selbst genutztem Wohneigentum oder subventionierten Mieten. Zusätzlich werden drei konkrete Lebenslagen einbezogen, die einerseits in einer direkten Beziehung zum Einkommen stehen und andererseits einen eigenständigen Beitrag zur sozialen Teilhabe leisten. Die Wohnsituation ist Ausdruck der eher langfristigen Einkommenssituation und des Lebensstandards. Die Verfügbarkeit bzw. das Fehlen von finanziellen Rücklagen ist Ausdruck vergangener Einkommenserzielung. Arbeitslosigkeit schließlich ist eine der wichtigsten Einkommensquellen und zugleich eine der wichtigsten nicht-monetären Dimensionen der sozialen Teilhabe.

Die Einkommen und die Lebenslagen werden zunächst für jedes Jahr separat in die drei Ausprägungen von Wohlstand (über 75% des Einkommens; keine Deprivationen), Prekarität (50-75% des Einkommens; eine von drei Lebenslagen depriviert) und Armut (unter 50% des Einkommens; zwei oder drei Lebenslagenbereiche depriviert) klassifiziert. Betrachtet man die Einkommens- und Lebenslagen einer Person

dann über fünf aufeinander folgende Jahre hinweg, so lassen sich folgende Ausprägungen unterscheiden: In der Zone des gesicherten Wohlstands am obersten Ende der Wohlfahrtsverteilung finden wir ausschließlich gesicherte Einkommen und Lebenslagen. In der darunter liegenden Zone des instabilen Wohlstands finden wir dagegen häufiger auch Jahre mit prekären Einkommen oder einzelnen Deprivationen – der Wohlstand zeigt Risse. In der darunter liegenden Zone der Prekarität leben Personen zumeist mit prekären Einkommen und einzelnen Deprivationen. Die materielle Situation hat sich hier noch nicht zur dauerhaften multiplen Armut verfestigt, aber ihre Drohung ist stets präsent, und es finden sich kaum mehr Phasen des Wohlstands. In der Zone der verfestigten Armut am untersten Rand der Gesellschaft leben Personen, die sich überwiegend in Einkommensarmut befinden und mehrfache Lebenslagendeprivationen aufweisen. Hier hat

sich die Armut in Einkommen wie Lebenslagen gleichermaßen festgesetzt. Zugleich finden wir auch zwei Typen der „entstrukturierten“ Armut, die durch eine widersprüchliche Kombination von Armut und Wohlstand charakterisiert sind. Der Typus der temporären Armut ist dadurch gekennzeichnet, dass Jahre mit gesicherten Einkommen und ohne Lebenslagendeprivationen mit Jahren von Einkommensmangel und Deprivationen wechseln. Beim Typus der inkonsistenten Armut sind dagegen Widersprüche zwischen Einkommen und Lebenslagen auf Dauer gestellt. Die durchschnittliche Einkommens- und Lebenslagensituation über alle fünf Jahre hinweg ist für die beiden Typen der entstrukturierten Armut weitgehend identisch und vergleichbar mit der Zone der Prekarität, aber die Erscheinungsformen und Erfahrungsweisen der Armut bzw. Prekarität sind sehr unterschiedlich.

Abbildung 2: Überlebenswahrscheinlichkeit von über 45-Jährigen nach sozialer Lage



Quelle: SOEP 1984–2009, vor 1963 geborene Personen ohne Migrationshintergrund, deren Lebenslage bzw. Einkommenslage über fünf Jahre beobachtet werden konnte.

4. Ergebnisse

Durch Überlebenskurven lassen sich Unterschiede in der geschätzten Lebenserwartung der untersuchten über 45-Jährigen veranschaulichen (Abbildung 2). Betrachtet man den Zusammenhang von Lebenslage bzw. Einkommenslage und Lebenserwartung bei Personen ohne Migrationshintergrund und differenziert nach Geschlecht, wird der Einfluss unterschiedlicher Versorgungslagen auf die Überlebenschancen deutlich. Männer in einer Lebenslage, die durch verfestigte Armut gekennzeichnet ist, haben mit 69 Jahren gegenüber denen im gesicherten Wohlstand mit 81 Jahren eine signifikant niedrigere Lebenserwartung. Gegenüber den Armen steigen die Überlebenschancen der Männer in einer Lebenslage der Prekarität oder der temporären Armut um fünf Jahre und bei denen in inkonsistenter Armut oder ungesichertem Wohlstand um sieben bzw. acht Jahre. Allerdings verringert sich unter den hochbetagten Männern mit zunehmendem Alter der deutliche Unterschied zwischen denen in verfestigter Armut und denen in einer partiell besseren Lebenslage unterhalb von Wohlstand. Bei den Frauen haben dagegen diejenigen, die sich in einer Lebenslage mit temporärer Armut befinden mit weniger als 74 Jahren eine geringere Lebenserwartung als jene die in verfestigter Armut leben. Die Überlebenschancen von Frauen in einer prekären Lebenslage sind nicht nur

größer als die von Frauen in einer der anderen Armutslagen, sondern liegen erstaunlicherweise mit nur drei Jahren unter der Lebenserwartung von Frauen in Wohlstandslagen mit 84 Jahren.

Betrachtet man den Einfluss von Einkommenslagen auf die Überlebenschancen, zeigt sich auch hier der erwartete Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern in Einkommensarmut und unterem bis höherem Wohlstand. Während sich die Überlebenschancen der besser gestellten Personen unabhängig von der Betrachtung nach Einkommenslage und Lebenslagen nicht signifikant unterscheiden, zeigen sich bei den einkommensarmen und lebenslagenarmen Männern erhebliche Unterschiede. Beim Fokus auf Einkommenslagen ist die Lebenserwartung einkommensarmer Männer mit 66 Jahren deutlich niedriger als die der Männer in verfestigter Lebensarmut. Bei den Frauen zeigt sich dagegen ein umgekehrter Effekt, denn die Lebenserwartung der einkommensarmen Frauen ist mit 77 Jahren erstaunlicherweise größer als die derjenigen in verfestigter Lebenslagenarmut mit 75 Jahren. Die Lebenserwartung von Frauen in über Einkommenslagen gemessenem prekären und unterem bis höherem Wohlstand liegt etwa auf dem Niveau der Lebenserwartung von Frauen in über Lebenslagen gemessenen Wohlstand. Höhere Wohlstandslagen verbessern offensichtlich unabhängig von deren Bestimmung die Überlebenschancen.

Der unterschiedliche Effekt von Lebenslagenarmut und Einkommensarmut auf die Lebenserwartung von Männern und Frauen verweist darauf, dass damit auch unterschiedliche Lebenschancen gemessen werden. Dies wird deutlich wenn man sich vergegenwärtigt, dass temporäre Lebenslagenarmut offensichtlich stärker die Lebenschancen von Frauen verringert als Einkommensarmut.

Betrachtet man den Einfluss von Lebenslage und Einkommenslage unter Berücksichtigung anderer sozioökonomischer Merkmale, zeigt sich zunächst das gegenüber Frauen erheblich größere Mortalitätsrisiko der Männer (Tabelle 1). Des Weiteren wird der „Healthy-Migrant-Effect“ deutlich, der zu größeren Überlebenschancen bei Personen mit Migrationshintergrund führt. Der strukturelle Wandel in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre hat offensichtlich Personen derart belastet, dass sich dies in einem erhöhten Mortalitätsrisiko niederschlägt. In gleicher Weise sind Alleinstehende einem erhöhten Mortalitätsrisiko ausgesetzt und zwar unabhängig davon, ob sie als soziale Singles (ledig, getrennt lebend, geschieden) oder biologische Singles (verwitwet) den Alltag bewältigen. Bei den Geburtskohorten zeigt sich, wie zu erwarten war, dass die Überlebenschancen alter Kohorten abnehmen und deren Mortalitätsrisiko steigt.

Tabelle 1: Einfluss von Lebenslagenarmut und anderen sozioökonomischen Determinanten auf das Mortalitätsrisiko nach Geschlecht

Einflussfaktoren	alle Personen	Geschlecht	
		männlich	weiblich
Männlich	1,874***		
mit Migrationshintergrund	0,630***	0,610***	0,631***
Ostdeutschland	1,330***	1,260***	1,365***
Lebensform			
ledig, getrennt, geschieden	1,431***	1,492***	1,419***
verwitwet	1,462***	1,461***	1,471***
Geburtskohorten			
vor 1919 Geborene	33,054***	28,530***	39,853***
1920–29 Geborene	13,837***	13,285***	15,304***
1930–39 Geborene	5,352***	5,176***	5,645***
1940–49 Geborene	2,516***	2,186***	3,155***
Bildungsniveau			
maximal Hauptschule	1,440***	1,561***	1,369*
Hauptschule plus Berufsausbildung	1,350***	1,352***	1,311
mittlere Bildungsabschlüsse	1,226**	1,157	1,268
Erwerbsklassen			
einfache Arbeiter	1,374***	1,312**	1,437
Facharbeiter	1,404***	1,404**	1,331
Mittelklassen	1,226*	1,090	1,334
untere Dienstklasse	1,124	1,113	1,114
kein Wohneigentum	1,072	1,142**	1,002
Lebenslagen			
instabiler Wohlstand	1,140**	1,324***	0,933
Prekarität	1,220***	1,309**	1,130
verfestigte Armut	1,443***	1,365**	1,443***
temporäre Armut	1,407***	1,003	1,714***
inkonsistente Armut	1,372***	1,361**	1,327**
Anzahl Beobachtungen	131.207	62.475	68.732
Anzahl Fälle	14.931	7.112	7.819
davon verstorben	2.228	1.169	1.059

Erläuterungen: Signifikanz $p < 0,01$: ***, $p < 0,05$: **, $p < 0,10$: *. Exponential-Modell. Ein relativer Wert von z. B. 1,874 bzw. 0,630 besagt, dass das Mortalitätsrisiko von Personen mit dem jeweiligen Merkmal um 87,4 % über bzw. 37 % unter dem der Referenzkategorie liegt. Referenzgruppe: Weiblich, ohne Migrationshintergrund, verheiratet bzw. mit Lebenspartner, 1950 und später Geborene, Bildungsniveau Fachhochschule/Universität, obere Dienstklasse, Wohneigentum, stabiler Wohlstand.
Quelle: SOEP 1984–2009; sukzessive 5-Jahres-Panel.

Tabelle 2: Einfluss von Einkommenslagen und anderen sozioökonomischen Determinanten auf das Mortalitätsrisiko nach Geschlecht

Einflussfaktoren	alle Personen	Geschlecht	
		männlich	weiblich
Männlich	1,878***		
mit Migrationshintergrund	0,649***	0,616***	0,651***
Ostdeutschland	1,343***	1,293***	1,406***
Lebensform			
ledig, getrennt, geschieden	1,446***	1,502***	1,391***
verwitwet	1,481***	1,470***	1,489***
Geburtskohorten			
vor 1919 Geborene	33,233***	29,416***	39,181***
1920–29 Geborene	13,711***	13,502***	14,747***
1930–39 Geborene	5,321***	5,241***	5,498***
1940–49 Geborene	2,520***	2,214***	3,118***
Bildungsniveau			
maximal Hauptschule	1,482***	1,607***	1,400**
Hauptschule plus Berufsausbildung	1,384***	1,400***	1,323*
mittlere Bildungsabschlüsse	1,247**	1,189	1,273
Erwerbsklassen			
einfache Arbeiter	1,408***	1,345**	1,472
Facharbeiter	1,433***	1,442***	1,361
Mittelklassen	1,240*	1,099	1,345
untere Dienstklasse	1,129	1,129	1,132
kein Wohneigentum	1,125***	1,1202***	1,046
Einkommenslagen			
relative Armut < 50 %	1,364***	1,437***	1,334**
prekärer Wohlstand 50–75 %	1,111**	1,154*	1,084
Anzahl Beobachtungen	131.207	62.475	68.732
Anzahl Fälle	14.931	7.112	7.819
davon verstorben	2.228	1.169	1.059

Erläuterungen: vgl. Tabelle 1, Referenzgruppe Einkommenslage unterer bis höherer Wohlstand < 75 %
Quelle: SOEP 1984–2009; sukzessive 5-Jahres-Panel.

Während diese sozio-demografischen Determinanten in gleicher Weise auf die Lebenserwartung von Männern und Frauen wirken, ergeben sich bei anderen Einflussgrößen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So erhöht ein niedriges Bildungsniveau das Mortalitätsrisiko der Männer, während es für sich für die Überlebenschancen der Frauen als statistisch nicht bedeutsam erweist. In ähnlicher Weise wirkt die Klassenlage, die signifikant die Lebenserwartung von Angehörigen der Arbeiterklassen verringert, und dies vor allem bei den Männern. Fehlendes Wohneigentum scheint das Sterblichkeitsgeschehen der gesamten Population nicht zu beeinflussen. Differenziert man jedoch nach Geschlecht zeigt sich, dass es sich um Einflussgröße handelt, das Mortalitätsrisiko von Männern erhöht.

Betrachtet man schließlich den Effekt von Lebenslagen, wird deutlich, dass alle Versorgungslagen unterhalb des stabilen Wohlstands negativ auf die fernere Lebenserwartung wirken. Dabei zeigt sich nicht nur ein deutlicher Effekt von verfestigter Armut oder durchgängiger Prekarität, sondern auch von Lebenslagen, die eher temporär die Lebenslage beeinträchtigen. Dieser Effekt tritt besonders bei den Frauen auf. Möglicherweise erzeugen drastische Veränderungen der Lebenslage einen derart belastenden Stress, dass das Mortalitätsrisiko steigt. In gleicher Weise wirken Inkonsistenzen, bei denen Einkommen und Lebensstandard auf jeweils unterschiedlichem Niveau die Lebenslage bestimmen.

Der Einfluss der Einkommenslage auf das Sterblichkeitsgeschehen verdeutlicht bei den meisten sozioökonomischen Einflussgrößen den gleichen Effekt in etwa gleicher Größenordnung (Tabelle 2, S. 5). Da Einkommen hochgradig mit Realvermögen korreliert, zeigt sich bei dieser Betrachtungsweise ein signifikanter Effekt fehlenden Wohneigentums nicht auf das Mortalitätsrisiko der Männer, sondern bereits der Gesamtpopulation. Ansonsten wird erwartungsgemäß bestätigt, dass eine relative Einkommensarmut das Mortalitätsrisiko erhöht und prekären Wohlstand weitaus schwächer negativ auf das Sterblichkeitsgeschehen einwirkt.

Durch eine Betrachtung von Lebenslagen und Einkommenslagen über einen fünfjährigen Beobachtungszeitraum wird deren Einfluss auf die Überlebenschancen besonders deutlich. Durch Rekurs auf den temporale Charakter von Lebenslagen zeigt sich, in welchen Ausmaß drastische Veränderungen einer Lebenslage mit derart hohen

Belastungen einhergehen, dass sie das Mortalitätsrisiko erhöhen.

Literatur

- Altenhofen, Lutz; Weber, Ingbert, 1993: „Mortalität der ausländischen und der einheimischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland“, *Sozial- und Präventivmedizin* 38: 222-230.
- Borchert, Lars, 2008: *Soziale Ungleichheit und Gesundheitsrisiken älterer Menschen*. Augsburg: Maro.
- Eickenberg, Hans-Udo, Hurrelmann, Klaus, 1998: „Warum fällt die Lebenserwartung von Männern immer stärker hinter die der Frauen zurück? Medizinische und soziologische Erklärungsansätze“, in: Gesundheitsakademie, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, NRW (Hg.), *Die Gesundheit der Männer ist das Glück der Frauen? Chancen und Grenzen geschlechtsspezifischer Gesundheitsarbeit*. Frankfurt/M.: Mabuse, S. 77–97.
- Luy, Marc, 2002: „Die geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsunterschiede. Zeit für eine Zwischenbilanz“, *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35: 412-429.
- Geyer, Siegfried; Peter, Richard, 2000: „Income, occupational position, qualification and health inequalities – competing risks?“, *Journal of Epidemiology and Community Health* 54: 299-305.
- Geyer, Siegfried; Peter, Richard, 1999: „Occupational status and all-cause mortality: A study with health insurance data from Nordrhein-Westfalen, Germany“, *European Journal of Public Health* 9: 119-123.
- Gordon, David; Adelman, Laura; Ashworth, Karl; Bradshaw, Jonathan; Levitas, Ruth; Middleton, Sue; Pantazis, Christina; Patsios, Demi; Payne, Sarah; Townsend, Peter; Williams, Julie, 2000: *Poverty and Social Exclusion in Britain*. York: Joseph Rowntree Foundation. <http://www.jrf.org.uk/bookshop/eBooks/185935128X.pdf> (Stand: 2.5.2011).
- Halleröd, Björn, 1995: „The Truly Poor: Direct and Indirect Consensual Measurement of Poverty in Sweden“, *Journal of European Social Policy* 5: 111-129.
- Halleröd, Björn, 1994: *Poverty in Sweden: A New Approach to Direct Consensual Measurement of Poverty*. Umeå: University of Umeå (Umeå Studies in Sociology 106).
- Helmert, Uwe, 2000: „Der Einfluss von Beruf und Familienstand auf die Frühsterblichkeit von männlichen Krankenversicherten“, in: Uwe Helmert; Karin Bammann; Wolfgang Voges; Rainer Müller (Hg.), *Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland*. Weinheim: Juventa, S. 243-268.
- Helmert, Uwe; Müller, Rolf; Voges, Wolfgang, 2006: „Die Bedeutung sozialschichtspezifischer und berufsbezogener Faktoren zur Erklärung der Differenz der Mortalitätsentwicklung zwischen Männern und Frauen in Deutschland“, in: Jochen Geppert; Jutta Kühl (Hg.), *Gender und Lebenserwartung*. Bielefeld: Kleine, 77-91.
- Helmert, Uwe; Voges, Wolfgang, 2002: „Einflussfaktoren für die Mortalitätsentwicklung bei 50- bis 69-jährigen Frauen und Männern in Westdeutschland im Zeitraum 1984-1998“, *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35: 450-462.
- Helmert, Uwe; Voges, Wolfgang, 2006: „Familiale Situation, soziale Unterstützung und subjektive Gesundheit“, in: Karia Gärtner; Evelyn Grünheid; Marc Luy (Hg.), *Lebensstile, Lebensphasen, Lebensqualität: interdisziplinäre Analysen von Gesundheit und Sterblichkeit aus dem Lebenserwartungssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 189-203.
- Helmert, Uwe; Voges, Wolfgang; Sommer, Thorsten, 2002: „Soziale Einflussfaktoren für die Mortalität von männlichen Krankenversicherten in den Jahren 1989-2000“, *Gesundheitswesen* 64: 3-10.
- Höpflinger, François, 2002: „Private Lebensformen, Mortalität und Gesundheit“, in: Klaus Hurrelmann; Petra Kolip (Hg.), *Geschlecht, Gesundheit und Krankheit – Männer und Frauen im Vergleich*. Bern: Huber, 419-438.
- Klein, Thomas, 1993: „Soziale Determinanten der Lebenserwartung“, *KZfSS*: 712-730.
- Klein, Thomas, 1999: Soziale Determinanten der aktiven Lebenserwartung
- Klein, Thomas; Unger, Rainer, 2006: „Einkommen und Mortalität im Lebensverlauf“, in: Claus Wendt; Christof Wolf (Hg.), *Soziologie der Gesundheit*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften (Sonderheft 46 Kölner Zeitschrift für

- Soziologie und Sozialpsychologie) 144-157.
- Klein, Thomas; Unger, Rainer, 2001: „Einkommen, Gesundheit und Mortalität in Deutschland, Großbritannien und den USA“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53: 96-110.
- Kohls, Martin, 2011: *Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtling.
- Kolip, Petra, 1996: *Wen hält die Ehe gesund? Der Einfluss von Geschlecht und Familienstand auf Lebenserwartung und Sterblichkeit*. Jahrbuch für kritische Medizin, Bd. 14. Berlin: Argument, 48-61.
- Klug, Christoph; Frentzel-Beyme, Rainer; Helmert, Uwe; Timm, Andreas, 2008: *Wer schlecht schläft, stirbt früher. Untersuchung zur Nacht- und Schichtarbeit*. Gelsenkirchen: ABZ, Hans-Böckler-Stiftung.
- Kurz, Karin, 2000: „Soziale Ungleichheiten beim Übergang zu Wohneigentum“, *Zeitschrift für Soziologie* 29: 27-43.
- Lampert, Thomas; Kroll, Lars Eric; Dunkelberg, Annalena, 2007: „Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42: 11-18.
- Lampert, Thomas; Sass, Anke-Christine; Häfelinger, Michael; Ziese, Thomas, 2005: *Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit*. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Maschewsky-Schneider, Ulrike, 1994: „Frauen leben länger als Männer – Sind sie auch gesünder?“, *Zeitschrift für Frauenforschung* 12: 28-38.
- Oppolzer, Alfred, 1986: *Wenn du arm bist, musst du früher sterben. Soziale Unterschiede in Gesundheit und Sterblichkeit*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Oppolzer, Alfred, 1994: „Die Arbeitswelt als Ursache gesundheitlicher Ungleichheit“, in: Andreas Mielck (Hg.), *Krankheit und soziale Ungleichheit*. Opladen: Leske + Budrich, 125-165.
- Reil-Held, Anette, 2000: *Einkommen und Sterblichkeit in Deutschland: Leben Reiche länger?* Mannheim: Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik. Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung No. 580-00.
- Rohwer, Götz; Voges, Wolfgang, 1996: *Soziale Bedingungen der Mortalität. Methodenbezogene Überlegungen anhand des SOEP*. Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik. URL: <http://www.stat.ruhr-uni-bochum.de/papers/mortal.ps> (Stand 2.5.2011).
- Schneider, Sven, 2002: *Lebensstil und Mortalität*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scholz, Rembrandt; Schulz, Anne; Stegmann, Michael, 2009: „Die ostdeutsche Übersterblichkeit der Männer im arbeitsfähigen Alter“, *DRV-Schriften* 55: 105-116.
- Steinkamp, Günther, 1999: „Soziale Ungleichheit in Morbidität und Mortalität“, in: Wolfgang Schlicht; Bernhard Badura (Hg.), *Gesundheit für alle. Fiktion oder Realität?* Schorndorf: Hofmann, 101-154.
- Steinkamp, Günther, 1993: „Soziale Ungleichheit, Erkrankungsrisiko und Lebenserwartung“, *Sozial- und Präventivmedizin* 38: 111-122.
- Stolpe, Susanne, 2001: „Schulbildung/berufliche Ausbildung und Gesundheitszustand“, in: Andreas Mielck; Kim Bloomfield (Hg.), *Sozial-Epidemiologie*. Weinheim: Juventa, 17-27.
- Townsend, Peter; Davidson, Nick (Hg.), 1992: *Inequalities in Health: the Black Report and the Health Divide*. London: Penguin.
- Voges, Wolfgang, 1996: „Ungleiche Voraussetzungen für Langlebigkeit. Bestimmungsgründe für Mortalität im zeitlichen Verlauf“, *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 26: 18-22.
- Voges, Wolfgang; Helmert, Uwe; Müller, Rolf; Timm, Andreas, 2004: *Soziale Einflussfaktoren von Morbidität und Mortalität*. Sonderauswertung von Daten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik.
- Voges, Wolfgang; Schmidt, Christian, 1996: „Lebenslagen, die Lebenszeit kosten – Zum Zusammenhang von sozialer Lage, chronischer Erkrankung und Mortalität im zeitlichen Verlauf“, in: Wolfgang Zapf; Jürgen Schupp; Roland Habich (Hg.), *Lebenslagen im Wandel – Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt/New York: Campus, 378-401.
- Weber, Ingbert, 1994: „Sozial Schichtung und Gesundheit“, in: Rainer Geißler (Hg.), *Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland*. Stuttgart: Enke, 195-219.
- Wiesner, Gerd, 2001: *Der Lebensverlängerungsprozess in Deutschland*. Berlin: Robert-Koch-Institut.
- Wolf, Christof; Wendt, Claus, 2006: „Perspektiven der Gesundheitssoziologie“, in: Claus Wendt; Christof Wolf (Hg.), *Soziologie der Gesundheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Sonderheft 46 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) 9-33.



Wolfgang Voges ist Professor für Soziologie an der Universität Bremen und forscht am Zentrum für Sozialpolitik in der Abteilung "Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung".

wvoges@zes.uni-bremen.de



Olaf Groh-Samberg ist Juniorprofessor für Soziologie und Field Coordinator im Bereich "Social Integration and the Welfare State" an der Bremen International Graduate School of Social Sciences.

ogrohsamberg@bigsss.uni-bremen.de

Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien

Skizze eines Forschungsprogramms

von Simone Scherger

1. Einleitung und Ausgangsperspektive

Im Oktober 2010 hat die Emmy Noether-Nachwuchsforschungsgruppe zu „Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze im deutsch-britischen Bereich“ am Zentrum für Sozialpolitik ihre Arbeit aufgenommen. Dieser Beitrag skizziert das Forschungsprogramm der Gruppe, indem er zentrale theoretische Perspektiven, den bisherigen Forschungsstand und sowie leitende Annahmen der Teilprojekte zusammenfasst.

Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze erschien im deutschen Kontext lange Zeit als randständiges Phänomen. Im Zuge des demographischen Wandels und wohlfahrtsstaatlicher Umbauprozesse wird jedoch erkennbar, dass sich das Verhältnis von Alter, Ruhestand und Arbeit verändert. Sowohl die Anteile Erwerbstätiger unter den ab 65-jährigen als auch die Anteile erwerbstätiger Personen unter RentnerInnen im engeren Sinne sind in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich gestiegen. 2008 waren gut sieben Prozent der ab 65-jährigen Rentenempfänger erwerbstätig, und auch unter den ab 65-jährigen insgesamt betrug der Anteil der Erwerbstätigen etwas mehr als sieben Prozent (Deutscher Alters-Survey, Welle 3/2008, eigene Berechnungen).¹ Unter den 65- bis 69-jährigen Rentnern geht nach dieser Quelle schon mehr als jeder zehnte einer bezahlten Tätigkeit nach.

Damit wird Erwerbstätigkeit im Ruhestand mehr und mehr von einem seltenen Ausnahmestand zu einer Kombination von Erwerbstätigkeit und Empfang von Altersrenten (oder, weiter gefasst, von Rentenalter), die immerhin von einer beträchtlichen Minderheit gelebt wird. Erst vor dem Hintergrund der modernen Dreiteilung des Lebenslaufs (Kohli 1985), in dem (Aus-)Bildungs-, Erwerbs-, und Ruhestandsphase klar voneinander getrennt sind, wird diese Kombination zu einer atypischen. Zwar

ist die Dreiteilung, insbesondere in Bezug auf die Lebensläufe von Frauen, empirisch nie so eindeutig gewesen wie es das Modell des Normallebenslaufs suggerierte; aber dieses wirkte und wirkt weiterhin als Vorgabe, an der Biographien sozialversicherungsrechtlich und normativ gemessen werden.²

Für eine soziologische, das individuelle Handeln fokussierende Untersuchung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze stellt die Dynamik individueller Lebensläufe in ihrer institutionellen Strukturiertheit eine ergiebige leitende Perspektive dar. Erwerbstätigkeit im Ruhestand ist indes nur eine von vielen Fronten, an denen der Normallebenslauf bröckelt – weitere, vielfältige Formen der Destandardisierung werden in der soziologischen Literatur breit diskutiert, mit Blick auf ihre Reichweite und Strukturiertheit aber auch hinterfragt (vgl. z.B. Brückner & Mayer 2005). Was die zweite Lebenshälfte angeht, prägte lange Zeit der Trend zur Frühverrentung das Bild, der sich aber Anfang der 2000er Jahre umgekehrt hat (vgl. Brussig 2010). Zudem hat sich auch die Form des Übergangs selbst verändert: Ende der Erwerbstätigkeit und Beginn von Zahlungen aus einer regulären Altersrente fielen immer häufiger nicht mehr in einen Schritt zusammen, sondern dem Ende der Erwerbstätigkeit folgte zunächst eine Phase ohne Arbeit, in der Übergangsleistungen in Form von Frührenten, Renten wegen Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung o.ä. bezogen wurden. Mit Auslaufen der meisten dieser Sonderrenten-Regelungen verliert auch diese Form der Destandardisierung an Bedeutung; stattdessen arbeiten nun mehr Ältere in den Jahren vor dem Übergang nur noch in Teilzeit, ohne dass das mit den ebenfalls ausgetretenen Altersteilzeit-Regelungen zu tun hätte. Sowohl die Verschiebungen im Timing des Übergangs als auch das komplexe Übergangsgeschehen selbst sind sehr gut erforscht, und zwar auch im umfassenden europäischen Vergleich (z. B. Börsch-Supan & Wilke 2009, Herfurth, Kohli & Zimmermann 2003).

² Im traditionellen Allein- oder Haupterwerbsmodell war dabei die Absicherung von hauptsächlich die Familie versorgenden Frauen an die Erwerbstätigkeit des Mannes gekoppelt.

Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in den Ruhestand stellt in diesem Kontext den entgegengesetzten und seltener untersuchten Fall einer bezahlten Erwerbstätigkeit dar, der trotz Zahlungen aus einer Altersrente oder trotz des Erreichens der Regelaltersgrenze nachgegangen wird. Unter den mindestens 65 Jahre alten Erwerbstätigen bilden erwerbstätige Rentner im engeren Sinne die große Mehrzahl. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass zumindest einige der für die Erwerbstätigkeit von Rentnern gefundenen Bedingungen und Auswirkungen auch für die Minderheit derer gelten, die den Empfang einer Altersrente aufschieben oder die gar keine Rentenansprüche aus eigener Erwerbstätigkeit besitzen.

2. Ruhestand und Altersvorsorge in Deutschland und Großbritannien

In Großbritannien gibt es mit um die zwölf Prozent etwa doppelt so viele erwerbstätige Rentner wie in Deutschland, und dieser Anteil ist auch schon länger auf etwas höherem Niveau (eigene Berechnungen auf Basis der Daten der English Longitudinal Study of Ageing, Welle 4/2008; Banks & Tetlow 2008). Vorkommen und Bedingungen von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze werden entscheidend geprägt durch die institutionellen Regelungen des Rentensystems sowie durch die Struktur des Arbeitsmarkts und die Nachfrage nach Arbeitskräften. Besonders deutlich tritt die Rolle von wohlfahrtsstaatlichen Regelungen und Arbeitsmarktstrukturen im internationalen Vergleich hervor. Im Rahmen des Emmy Noether-Projekts wird auf allen Analyseebenen ein tiefgehender Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien vorgenommen, der die Merkmale des jeweiligen Wohlfahrtsstaats- und Lebenslaufregimes daraufhin ausbuchstabiert, wie sie das Verhältnis von Alter, Arbeit und Altersvorsorge regeln.

Das staatliche Rentensystem Großbritanniens sorgt, der Logik des liberalen³

¹ Die letztgenannte Angabe umfasst auch diejenigen, die den Empfang von Rentenzahlungen aufschieben oder die keine eigenen Rentenansprüche aus Erwerbstätigkeit haben. Beide Anteile schließen auch selbständig Erwerbstätige mit ein. Je nach Erhebungskonzept und -methode ergeben sich andere Angaben.

³ Lain (2011a) erwähnt mit Blick auf das Altersvorsorgesystem, dass die USA den Typus des liberalen, die Marktkräfte wenig regulierenden Wohlfahrtsstaats noch deutlicher repräsentieren als Großbritannien.

Wohlfahrtsstaates entsprechend, nur für eine (nichtsdestotrotz an eine relativ kontinuierliche Erwerbskarriere gebundene) Mindestabsicherung im Alter, und wird ergänzt durch einen jeweils stark ausgebauten zweiten und dritten Pfeiler der Altersvorsorge, also betriebliche und private Rentenversicherungen (Schulze & Moran 2007). Im Gegensatz dazu ist der erste Pfeiler der Altersvorsorge im konservativen Wohlfahrtsstaat Deutschland, die gesetzliche Rentenversicherung, bisher der bedeutendste, sowohl was das Niveau der Versorgung als auch was den einbezogenen Personenkreis angeht. Im traditionellen Setting diente er der Lebensstandard- und Statushaltung über die Rentengrenze hinaus (Schulze & Jochem 2007). Trotz der im deutschen Wohlfahrtsstaat mit den letzten Rentenreformen vorgenommenen Schritte in Richtung einer Liberalisierung, unter anderem in Form reduzierter Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und einer Stärkung der privaten Altersvorsorge, können das deutsche und britische Wohlfahrtsstaatsregime in ihrer klassischen Verfasstheit als mindestens sehr divergente Fälle betrachtet werden. Das gilt insbesondere in Bezug auf die heutigen Rentner und Rentnerinnen, deren Erwerbs- und Familienbiographien und daraus resultierende Alterseinkommen von den früheren Regelungen bestimmt sind.

Mit der soziologischen Lebenslaufperspektive sowie dem Vergleich verschiedener Systeme wohlfahrtsstaatlicher Altersvorsorge ist das Feld aufgespannt, in dem sich die Untersuchungen der Emmy Noether-Nachwuchsforschungsgruppe bewegen. Innerhalb dieses Feldes werden dabei mit drei Teilprojekten, deren zentrale Annahmen und Forschungslücken in den folgenden drei Abschnitten dargestellt werden, unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

3. Bedingungen, Ursachen und Auswirkungen von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze

Auf Grundlage der Analyse von Sekundärdaten werden in der Emmy Noether-Nachwuchsforschungsgruppe Fragen nach Vorkommen, Struktur, Bedingungen und Folgen von Erwerbstätigkeit im Ruhestand beantwortet, denn die genauen Ursachen für und Wege in diese Erwerbstätigkeit sind zumindest in Deutschland bisher nur zum Teil bekannt. Ein Akzent liegt hier auf individuellen Faktoren, welche die Entscheidung zur und Gelegenheiten der Erwerbstätigkeit prägen.

Diese sind aber ihrerseits durch den Wohlfahrtsstaat und den Arbeitsmarkt strukturiert.

Die bisherige Forschung zusammenfassend (vgl. beispielhaft Lain 2011a, Smeaton & McKay 2003, Banks & Tetlow 2008, Wachtler & Wagner 1997, Kohli & Künemund 1996), ist die Neigung zu Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze als Abhängige von drei Einflussbereichen beschreibbar: Erstens wird sie beeinflusst durch die ökonomische Situation der Personen im Rentenalter, zweitens durch ihre tatsächlichen Arbeitsfähigkeiten, -gelegenheiten und den mit letzteren verknüpften Arbeitsbedingungen sowie drittens durch den nicht-ökonomischen Nutzen der Erwerbstätigkeit, wie Anerkennung, soziale Anbindung und Erfüllung. Diese drei Einflussbereiche sind teilweise auf die gleichen Bedingungen zurückzuführen, sie sind aber trotzdem analytisch zu unterscheiden. Obwohl die Logik eines solchen heuristischen Modells eine ähnliche ist wie in Bezug auf Erwerbstätigkeit vor der Rentengrenze, dürften die Einflüsse anders gewichtet sein: Nicht-ökonomische Faktoren sind jenseits der Rentengrenze weitaus wichtiger, da das Auskommen der meisten Rentner immer noch hauptsächlich über Rentenzahlungen gesichert ist. Auch fallen Arbeitsgelegenheiten stärker ins Gewicht, da das Angebot an Arbeitsplätzen für Ältere prinzipiell schlechter ist. Dies ist einerseits auf das tatsächliche Arbeitsvermögen Älterer zurückzuführen, andererseits – und wahrscheinlich zu einem größeren Teil – auf Annahmen über dieses Arbeitsvermögen, mithin Altersdiskriminierung sowie die normative Signalwirkung des institutionalisierten Rentenalters.

Hinsichtlich der individuellen ökonomischen Situation ist die Wahrscheinlichkeit der Fortführung oder Aufnahme einer Erwerbstätigkeit umso höher, je geringer die finanziellen Einkünfte und je höher die finanziellen Belastungen sind. Neben der Abwendung finanzieller Armut kann ein Zubrot aber auch der Beibehaltung des vor dem Übergang gepflegten Lebensstandards dienen. Der Zusammenhang zwischen Erwerbsneigung und finanzieller Situation wird außerdem nach unten hin dort beschnitten, wo die institutionellen Bedingungen den Zugewinn durch eine Erwerbstätigkeit begrenzen: Empfängt ein Rentner oder eine Rentnerin Grundversicherung im Alter in Deutschland oder den pension credit in Großbritannien – beides bedarfsgeprüfte, auf die Ärmsten abzielende Sozialtransfers – dann werden Einkünfte angerechnet und lohnen sich allenfalls in sehr geringem

Umfang. Wie hoch das individuelle Alterseinkommen ist, hängt insbesondere von der früheren Tätigkeit und vom Verlauf der früheren Erwerbskarriere ab. Wer Tätigkeiten mit höheren Einkünften nachgegangen ist und seltener arbeitslos war, konnte in der Regel besser vorsorgen, was in Bezug auf alle drei Säulen der Altersvorsorge gilt. Aus dem Vergleich mit Großbritannien lässt sich zudem die Schlussfolgerung ziehen, dass ein stärkerer Ausbau der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge zu ungleicher verteilten Alterseinkommen und mehr Rentnern am unteren Rand der Einkommensverteilung führt.

Im Vergleich zur ökonomischen Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter ist die Verteilung von Arbeitsgelegenheiten, -bedingungen und -fähigkeiten in vielerlei Hinsicht gegensätzlich verteilt. Die Arbeitsfähigkeit, zum einen die Qualifikation, zum anderen die physische und psychische Gesundheit umfassend, steht in engem Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen der jeweiligen Tätigkeit: Schlechte Arbeitsbedingungen können eine ohnehin mittelmäßige Arbeitsfähigkeit weiter beeinträchtigen, während gute Arbeitsbedingungen moderate gesundheitliche Probleme möglicherweise sogar kompensieren. Hier muss neben der betrieblichen Ebene, auf der die Arbeitsbedingungen selbst bei gleichen Tätigkeiten variieren, vor allem nach Art der Arbeitsgelegenheiten unterschieden werden. Höhere Qualifikationen sind besser nachgefragt, so dass in ihrem Feld ausgewiesene Experten nicht selten problemlos in ihrem früheren Arbeitsbereich weiter wirken können, entweder durch Aufschieben ihres Ruhestands oder als Rentner in geringerem zeitlichen Umfang. Zudem haben höher qualifizierte Personen aufgrund günstigerer früherer Arbeitsbedingungen und ihres soziökonomischen Status im Alter weniger gesundheitliche Probleme. Im Gegenzug dazu sind die Tätigkeiten, denen geringer qualifizierte Rentner früher nachgegangen sind, im Schnitt physisch und psychisch belastender gewesen, so dass sie im Alter häufiger unter gesundheitlichen Problemen leiden. Unabhängig davon, ob Tätigkeiten ausgeübt werden, die denen der früheren Erwerbsbiographie nahestehen, sind die Arbeitsgelegenheiten an diesem Ende des Spektrums zudem gekennzeichnet durch schlechtere Arbeitsbedingungen, größere individuelle Ersetzbarkeit, geringfügigere Entlohnung und schlechte Absicherung. Insbesondere in Großbritannien sind diese Tätigkeiten vor allem im Jedermanns-Arbeitsmarkt des Dienstleistungssektors angesiedelt

(Lain 2011b). Ähnlich wie im Falle von Studierenden oder Schülern sind Rentner hier Teil einer Arbeitsmarkt-Reserve, die auch für schlecht abgesicherte Tätigkeiten zur Verfügung steht, da Arbeit nicht ihre einzige oder wichtigste Einkommensquelle darstellt.

Der nicht-ökonomische Nutzen von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze hängt zwar mit ökonomischen und erwerbsbiographischen Strukturen zusammen, ist aber gleichzeitig das Ergebnis anderer biographischer Einflüsse. Die durch eine bezahlte Erwerbstätigkeit erfahrene soziale Anerkennung, der Kontakt zu anderen Menschen während der Arbeit oder mit dieser verbundene Gefühle der Sinnerfüllung oder Freude können einerseits an eine hohe Arbeitszufriedenheit in der früheren Haupttätigkeit anknüpfen, andererseits aber auch neu aus einer weniger belastenden und eher selbstgewählten Tätigkeit im Rentenalter erwachsen. Eine eindeutige Beziehung zu früherem Einkommen oder beruflichem Status ist deswegen und aufgrund einer Vielzahl weiterer Einflüsse weniger wahrscheinlich oder zumindest weniger stark ausgeprägt. Heute in Deutschland erwerbstätige Rentner nennen häufiger nicht-ökonomische Motive für ihre Erwerbstätigkeit als finanzielle Gründe. Letztere werden zwar von immerhin einem Drittel unter ihnen genannt, allerdings meist neben anderen, nicht-ökonomischen Motiven (Deutscher Alters-Survey, Welle 3/2008, eigene Berechnungen). Ähnliche Befunde gibt es in Bezug auf den Wunsch, über die Rentengrenze hinaus zu arbeiten (vgl. Dorbritz & Micheel 2010), für den finanzielle Motive eine Rolle spielen, aber bei weitem keine ausschlaggebende.

Sowohl die individuelle ökonomische Lage im Alter als auch die nicht-ökonomischen Motive für eine Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze sind nicht nur von der individuellen Erwerbsbiographie, sondern auch von der familialen Lebenssituation und Biographie der Älteren beeinflusst. So sind etwa geschiedene und verwitwete Frauen einem größeren Armutsrisiko ausgesetzt (Strengmann-Kuhn 2008), und das Vorhandensein von noch in Ausbildung befindlichen erwachsenen Kindern stellt eine finanzielle Belastung dar. Darüber hinaus hat die Lebenssituation als solche einen Einfluss auf die eigene Erwerbsneigung: Zumindest Frauen passen sich in Bezug auf ihren Übergang in den Ruhestand oft an ihren Partner an (Wagner 1996), und es gibt Hinweise auf einen ähnlichen Zusammenhang für späte Erwerbstätigkeit (Banks & Tetlow 2008). Ebenso deutet

einiges darauf hin, dass alleinstehende Personen eher noch erwerbstätig sind als solche mit Partner (Lain 2011b).

Wie in der bisher zitierten Forschung belegt, übt die individuelle Gesundheit einen wichtigen Einfluss auf die Erwerbsneigung jenseits der Rentengrenze aus. Für mit Blick auf das Rentenalter geäußerte Wünsche nach Erwerbstätigkeit ist dabei ein guter Gesundheitszustand eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingung (Dorbritz & Micheel 2010). Um Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze und ihre Implikationen bewerten zu können, ist die Frage nach ihren Auswirkungen auf Gesundheit und Lebenszufriedenheit ebenfalls bedeutsam. So nennen viele ältere Arbeitnehmer antizipierte positive Effekte auf die eigene Gesundheit und Fitness („ich bleibe fitter wenn ich arbeite“) als Grund für den Wunsch nach Weiterbeschäftigung über die Rentengrenze hinaus (Dorbritz & Micheel 2010). Für die Auswirkungen einer tatsächlichen Erwerbstätigkeit auf Gesundheit und Lebenszufriedenheit kann angenommen werden, dass sie umso positiver sind, je besser die Bedingungen der Erwerbstätigkeit sind. Dies ist nicht nur auf die Arbeitsbedingungen im engeren Sinne zu beziehen, sondern auch auf die Umstände, die zur Erwerbstätigkeit im Rentenalter geführt haben: Günstige Effekte sind eher dann zu erwarten, wenn die Erwerbstätigkeit nicht allein aufgrund finanzieller Probleme aufgenommen wurde, und wenn das individuelle Bewusstsein von Kontrolle und Wahlfreiheit in Bezug auf die Entscheidung zur Erwerbstätigkeit hoch ist.

Die tatsächliche Verteilung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze lässt sich auf die gerade diskutierten Einflüssen zurückführen; die detaillierte Überprüfung der implizierten Hypothesen steht im Kern der Arbeit der Emmy Noether-Nachwuchsforschungsgruppe. Zur beispielhaften Plausibilisierung seien hier drei Vergleichsdimensionen herausgegriffen: Qualifikation, Geschlecht und Ländervergleich.

Aufgrund der entgegengesetzten Verteilung von einerseits Arbeitsgelegenheiten und -fähigkeiten, andererseits finanzieller Armut erweist es sich als schwierig, eine eindeutige Hypothese darüber zu treffen, wie Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze über Einkommens- oder Bildungsgruppen verteilt ist. Das diskutierte Modell würde für eine überdurchschnittliche Verbreitung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze sowohl bei den Ärmeren als auch bei den besser Qualifizierten sprechen. Erste Befunde auf Basis

des Deutschen Alters-Survey (Welle 3/2008, eigene Berechnungen) und der English Longitudinal Study of Ageing (Welle 4/2008, eigene Berechnungen) deuten darauf hin, dass besser gebildete Rentner mit höherem Einkommen, darunter viele Selbständige, sehr viel häufiger noch erwerbstätig sind als alle anderen. Da diese Gruppe aber auch überdurchschnittlich gesund ist, muss geprüft werden, ob sich der Zusammenhang auch in multivariaten Modellen unter Kontrolle der individuellen gesundheitlichen Situation (und weiterer Faktoren) bestätigt.

Als Hinweis darauf, dass die tatsächlichen Arbeitsgelegenheiten und die Anbindung an den Arbeitsmarkt stärker ins Gewicht fallen als potentielle finanzielle Motive, kann auch der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit im Rentenalter mit Geschlecht gesehen werden: In Deutschland ist der Anteil Erwerbstätiger bei ab 65-jährigen Männern sehr viel höher als bei Frauen, und zwar eineinhalb bis zweimal so hoch (Deutscher Alters-Survey, Welle 3/2008, eigene Berechnungen), obwohl Frauen öfter von Altersarmut betroffen sind. In England sind dagegen etwas mehr Frauen als Männer im Rentenalter noch erwerbstätig (English Longitudinal Study of Ageing, Welle 4/2008). Dies ist wahrscheinlich nicht nur auf die zurzeit noch niedrigere Altersgrenze britischer Frauen in der state pension zurückzuführen, sondern eben auch auf ihre größere Arbeitsmarktanbindung; ältere britische Frauen haben sich bei Familiengründung seltener als deutsche Frauen sehr lange oder ganz aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Auch die Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien in Niveau und Verteilung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze lassen sich mit den diskutierten Faktoren in einen plausiblen Zusammenhang bringen. Der in Großbritannien etwa doppelt so hohe Anteil erwerbstätiger Rentenbezieher oder Personen im Rentenalter beruht dabei auf mindestens drei von Deutschland abweichenden Rahmenbedingungen: Erstens auf der größeren Ungleichheit von Alterseinkommen und der mithin größeren Zahl von armen Älteren (Barnes et al. 2006, Lain 2011a)⁴. Zweitens tragen auch der flexiblere Arbeitsmarkt mit einem aus-

⁴ So erhalten in Großbritannien beispielsweise mehr als zehn Prozent der Personen im Rentenalter den bedarfsgeprüften pension credit (Lain 2011a: 4), während in Deutschland nur zwischen zwei und drei Prozent der Älteren Grundsicherung im Alter erhalten (Statistisches Bundesamt 2010, Tab. B1.1 und B1.2, eigene Berechnungen).

gebauten Niedriglohnsektor besonders in den Dienstleistungen sowie die lange Zeit bessere Arbeitsmarktlage dazu bei, dass mehr Briten im Rentenalter eine Beschäftigung finden. Drittens kann vermutet werden, dass die Institutionalisierung der Rentengrenze (wie auch anderer Altersgrenzen) und ihre normative Einflusskraft in Großbritannien geringer sind als in Deutschland (siehe auch 5.).

4. Die biographische Erfahrung und Bedeutung von Erwerbsarbeit im Ruhestand

Wie genau sich individuelle Entscheidungen zur Erwerbstätigkeit im Zusammenhang mit der eigenen Biographie vollziehen, kann am besten auf Basis qualitativ-rekonstruktiver Methoden untersucht werden. Zu diesem Punkt ist besonders in Deutschland bisher wenig bekannt. Im zweiten Teilprojekt der Emmy Noether-Forschungsgruppe wird dementsprechend die subjektive Erfahrung und Deutung der bezahlten Arbeit jenseits der Rentengrenze auf Basis leitfadengestützter Interviews mit erwerbstätigen Älteren rekonstruiert.

Ausgehend von der Annahme, dass nicht nur kurzfristige Kosten-Nutzen-Erwägungen für die Erwerbsneigung von Personen im Rentenalter bedeutsam sind, muss genauer betrachtet werden, wie die Erfahrung der Tätigkeit im Ruhestand mit der früheren Beschäftigung und ihrer biographischen Bedeutung zusammenhängt. Es sind – wie bisherige vor allem englische Studien gezeigt haben (z.B. Barnes, Parry & Taylor 2004) – verschiedene Konstellationen des Verhältnisses von früherer Erwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit als Rentner denkbar: Vor allem besser qualifizierte Rentner setzen häufig eine schon immer als erfüllend erfahrende Tätigkeit in geringerem Umfang fort, oft für den gleichen Arbeitgeber. Aber auch eine eher gering entlohnte und geringere Qualifikationen erfordern Tätigkeit wird möglicherweise positiver erfahren als der frühere Hauptberuf, wenn sie aufgrund ihres geringeren Umfangs weniger anstrengend ist und eine willkommene Abwechslung darstellt. Ebenso sind belastende Konstellationen denkbar, wenn in der individuellen Deutung das Moment des ökonomischen Zwangs überwiegt und die Arbeit nicht Teil der Pläne für den Ruhestand gewesen war. Auch hier sind Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erwarten, da sich Männer, besonders diejenigen der heutigen Rentnergeneration, persönlich stärker mit und über ihre Arbeit identifizieren.

Auf diese Weise wird die kontrastieren-

de Beschreibung möglicher Gründe für Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze mittels der einander scheinbar ausschließenden Gegensätze „ökonomische Not“ und „freie Wahl“ hoffentlich aufgebrochen zugunsten komplexerer Analysen, die auch Ambivalenzen zulassen und in denen finanzielle Not und freie Wahl nur die beiden Extrempole eines vielfältigen Spektrums darstellen. Dieses Spektrum wird auch strukturiert durch den individuellen Umgang mit den institutionellen Vorgaben, insbesondere des Rentensystems. Um das Zusammenspiel von individuellem Handeln und Institutionen zu verstehen, muss geklärt werden, wie der Ruhestand finanziell und in sonstiger Hinsicht geplant wurde und wie diese Planungen retrospektiv bewertet werden. Schließlich spielen auch die private Lebenssituation, der Umgang mit Alter und Altern sowie weitere, unbezahlte Aktivitäten von Rentnerinnen und Rentnern (z.B. Ehrenamt oder Pflegetätigkeiten) in eine mögliche Entscheidung zur Erwerbstätigkeit hinein und gehören deswegen zu den Themen der geplanten Interviews.

Im Ergebnis könnten sich verschiedene Umgangsweisen mit dem Übergang in den Ruhestand zum Beispiel strukturieren lassen durch die Bildung von Typen, etwa im Sinne von „biographischen Gestaltungsmodi“ (Zinn 2000), wie sie in Bezug auf den Übergang von Schule und Ausbildung in den Beruf entwickelt wurden. In solchen Gestaltungsmodi verbindet sich eine (zum Beispiel eher passive oder aktive) Grundhaltung gegenüber biographischen Gestaltungsmöglichkeiten mit den individuellen Kompetenzen, die zu dieser Gestaltung zur Verfügung stehen. Die Annahme eines gänzlich rational agierenden und langfristig planenden individuellen Akteurs im Bereich der individuellen Rentenplanung und Altersvorsorge muss dabei möglicherweise deutlich differenziert oder gar aufgegeben werden. Vermutlich geht die Zunahme individueller Wahlmöglichkeiten zum Teil mit individuellen Überforderungen einher, welche letztendlich ungleichheitsverstärkend wirken würden.

5. Diskurse um Arbeit, Alter und Altersvorsorge

Individuelle Erfahrung und Deutung von Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze sind eingebettet in die gesellschaftspolitischen Diskurse um Arbeit, Alter und Altersvorsorge und beziehen sich auf diese. Diese Diskurse bilden den Untersuchungsgegenstand des dritten Teilprojekts, in dem Experteninterviews mit Vertretern wichtiger kollektiver und korporativer

Akteure geführt und rekonstruktive Analysen von Textmaterial, insbesondere Stellungnahmen dieser Akteure, vorgenommen werden. Besonderes Augenmerk wird dabei darauf gerichtet, wie verschiedene Akteure normative Leitkonzepte (etwa von Gerechtigkeit in ihren verschiedenen Spielarten) einsetzen und welche Zuschreibungen von Verantwortlichkeit sie im Bereich von Altersvorsorge vornehmen. Hier kommen neben den jeweiligen Interessen der einzelnen Akteure die unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen Deutschlands und Großbritanniens und die daraus folgenden unterschiedlichen Akzente in der Deutung von Ruhestand, Altersvorsorge und Altersgrenzen zum Tragen. So wurde und wird in Deutschland der Ruhestand besonders von Gewerkschaften und Altersverbänden als Errungenschaft und wohlverdiente Belohnung für ein langes Arbeitsleben betrachtet, was zudem lange in ein moralökonomisches Argument des Platzmachens für jüngere Generationen eingebettet war. Außerdem galt wie in anderen Bereichen sozialstaatlicher Absicherung Status- und Lebensstandardhaltung im Alter als Maxime. In Großbritannien dagegen wird etwa vom größten Interessenverband Älterer (Age UK) das Recht auf Arbeit in jedem Alter betont und als Gegenargument zu allzu fixen Altersgrenzen herangezogen. Auch der sozialwissenschaftliche Diskurs folgt mit dem Ansatz der „structured dependency“ Älterer einer anderen Linie (Townsend 2006). Die Tatsache einer in Großbritannien relativ weit verbreiteten Altersarmut bildet eine wichtige Hintergrundbedingung zum Verständnis dieser Diskurse ebenso wie das schon immer flexiblere Lebenslaufregime.

Die Diskurse um Alter, Arbeit, Altersvorsorge und die jeweiligen Reformen prägen einerseits individuelle Deutungen des Rentenübergangs und von Erwerbstätigkeit im Ruhestand (vgl. 4.): sie bilden als Sets von Ideen (Schmidt & Radaelli 2004) den Rahmen, innerhalb dessen individuelle Akteure ihre Handlungsalternativen abwägen und normativ bewerten. Andererseits sind Diskurse auch Interaktionen, in denen konkrete kollektive und korporative Akteure ihre Interessen durchzusetzen suchen und die den Fortgang von Reformen bestimmen. Die daraus hervorgehenden institutionellen Änderungen ziehen wiederum Verschiebungen in der Erwerbsneigung von Rentnern nach sich.

Zwar können die Entwicklung über die Zeit und mithin die Folgen von Reformen innerhalb der Laufzeit der Emmy Noether-Nachwuchsforschungs-

gruppe kaum direkt betrachtet werden, oder allenfalls über den Vergleich verschiedener Geburtskohorten. Langfristige Konsequenzen einer teilweisen Privatisierung und Individualisierung von Altersvorsorge für das Verhältnis von Arbeit und Alter und für Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze können aber anhand des Kontrasts zu Großbritannien durchgespielt und konkretisiert werden. Möglicherweise ist das Ende einer strengen Dreiteilung des Lebenslaufs und eines für alle von Arbeit befreiten Ruhestands bereits eingeläutet. In diesem Sinne sind die erwerbstätigen Rentner von heute Vorreiter, deren Untersuchung Hinweise darüber gibt, wie der zukünftig aktivere Lebensabend aller gestaltet sein wird, und wie diese Änderungen aus einer sozialen Ungleichheiten fokussierenden Perspektive zu bewerten sind.

Literatur

- Banks, James; Tetlow, Gemma, 2008: „Extending Working Lives. Living in the 21st Century: Older People in England“, in: James Banks; Elisabeth Breeze; Carli Lessof; James Nazroo (Hg.), *The 2006 English Longitudinal Study of Ageing (Wave 3)*. London: The Institute for Fiscal Studies, 19-56.
- Barnes, Helen; Parry, Jane; Taylor, Rebecca, 2004: *Working after State Pension Age: Qualitative research* (Department for Work and Pensions, Research Report No 208). London: Department for Work and Pensions.
- Barnes, Matt; Blom, Annelies; Cox, Kate; Lessof, Carli; Walker, Alan, 2006: *The Social Exclusion of Older People: Evidence from the First Wave of the English Longitudinal Study of Ageing (ELSA)*. London: Office of the Deputy Prime Minister.
- Börsch-Supan, Axel; Wilke, Christina B., 2009: „Ruhestandseinkommen und Renteneintrittsalter im europäischen Vergleich“, in: Axel Börsch-Supan; Karsten Hank; Hendrick Jürges; Mathis Schröder (Hg.), *50plus in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 11-54.
- Brückner, Hannah; Mayer Karl U., 2005: „De-Standardization of the Life Course: What it might mean? And if it means anything, whether it actually took place?“, in: Ross MacMillan (Hg.), *The Structure of the Life Course: Standardized? Individualized? Differentiated?* New York: Elsevier, 27-53.
- Brussig, Martin, 2010: „Anhaltende Ungleichheiten in der Erwerbsbeteiligung Älterer; Zunahme an Teilzeitbeschäftigung“, in: Hans-Böckler-Stiftung; Forschungsnetzwerk Alterssicherung; Institut für Arbeit und Qualifikation (Hg.), *Altersübergangs-Report 2010-03*. Düsseldorf/Berlin/Duisburg, 1-13.
- Dorbritz, Jürgen; Micheel, Frank, 2010: „Weiterbeschäftigung im Rentenalter – Potenziale, Einstellungen und Bedingungen“, *Bevölkerungsforschung. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung* 31 (3): 2-7.
- Herfurth, Matthias; Kohli, Martin; Zimmermann, Klaus F. (Hg.), 2003: *Arbeit in einer alternden Gesellschaft. Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsbeteiligung Älterer*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kohli, Martin, 1985: „Die Institutionalisierung des Lebenslaufs“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37 (1): 1-29.
- Kohli, Martin; Künemund, Harald, 1996: *Nachberufliche Tätigkeitsfelder – Konzepte, Forschungslage, Empirie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lain, David, 2011a (elektronische Vorabversion, Druckversion im Erscheinen): „Helping the Poorest help Themselves? Encouraging Employment Past 65 in England and the USA“, *Journal of Social Policy*.
- Lain, David, 2011b: „Working Past 65 in the UK and USA: Occupational Segregation or Integration“, *Work, Employment and Society* (i. E.).
- Schmidt, Vivien A.; Radaelli, Claudio M., 2004: „Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues“, *West European Politics* 27 (2): 183-210.
- Schulze, Isabelle; Jochem, Sven, 2007: „Germany: Beyond Policy Gridlock“, in: Ellen M. Immergut; Karen M. Anderson; Isabelle Schulze (Hg.), *The Handbook of West European Pension Politics*. Oxford: Oxford University Press: 660-710.
- Schulze, Isabelle; Moran, Michael, 2007: „United Kingdom: Pension Politics in an Adversarial System“, in: Ellen M. Immergut; Karen M. Anderson; Isabelle Schulze (Hg.), *The Handbook of West European Pension Politics*. Oxford: Oxford University Press: 49-96.
- Smeaton, Deborah; McKay, Stephen, 2003: *Working after State Pension Age: Quantitative Analysis* (Research Report No 182). London: Department for Work and Pensions/Policy Studies Institute/Personal Finance Research Centre.
- Statistisches Bundesamt, 2010: *Fachserie 13, Reihe 2.2: Sozialleistungen (2008)*. Wiesbaden.
- Strengmann-Kuhn, Wolfgang, 2008: „Altersarmut in Deutschland - empirische Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven“, *Deutsche Rentenversicherung* 2008 (1): 120-133.
- Townsend, Peter, 1981: „The Structured Dependency of the Elderly: A Creation of Social Policy in the Twentieth Century“, *Ageing and Society* 1 (1): 5-28.
- Wachtler, Günther; Wagner, Petra S., 1997: *Arbeit im Ruhestand. Betriebliche Strategien und persönliche Motive zur Erwerbsarbeit im Alter*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wagner, Gerd, 1996: „‘Gemeinsamer Rentenzugang’. Ein neues Phänomen in Lebensläufen“, in: Johann Behrens; Wolfgang Voges (Hg.), *Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung*. Frankfurt/New York: Campus, 323-348.
- Zinn, Jens, 2000: „Junge Arbeitnehmer zwischen Gestaltungsanspruch und Strukturvorgaben. Berufsverläufe, Handlungskontexte und biographische Gestaltungsmodi“, in: Walter R. Heinz (Hg.), *Übergänge. Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*. (Beiheft zur Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 3). Weinheim: Juventa, 30-49.



Die Soziologin Simone Scherger leitet am Zentrum für Sozialpolitik seit Oktober 2010 die Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe „Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien“.

simone.scherger@zes.uni-bremen.de

Trajectories of Change – The Welfare State after the Financial Crisis

von Herman Schwartz

Der Beitrag präsentiert in pointierter Form den Vortrag von Herman Schwartz (University of Virginia, Charlottesville) anlässlich der Podiumsdiskussion „Whose Crisis? The Social Policy Dimension of the Financial Crisis and what it Means for Welfare State Research“ am 19. November 2011 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Schwartz reagiert darin u.a. auf Peter A. Hall, der ebenfalls auf dem Podium und bei dem vorangehenden Symposium „Never waste a Good Crisis“ zugegen war und dessen Essay „The Current Economic Crisis and The Welfare State“ im letzten ZeS report erschienen ist. Die Miniserie „Whose Crisis?“ wird durch zwei Beiträge von John Hills (LSE) und Chiara Saraceno (WZB Berlin) vervollständigt, die beide in den aktuellen WZB Mitteilungen (Heft 131/März 2011, S. 38/39 und S. 40/41) nachzulesen sind.

Does the current economic and financial crisis imply a simultaneous crisis of the welfare state, or just for the welfare state? What is the likely trajectory of change? Like Peter Hall I agree that the critical issues to think about are aggregate demand and political consent, and that the differences among types of welfare states matter for how the crisis will play out. But my focus centers on different issues. Precisely because aggregate demand matters, this is a crisis of the welfare rather than just for the welfare state. Similarly, a focus on aggregate demand forces us to consider the degree to which geo-political conflict may once more lead to the building of political consent from the top down. Here too this implies a crisis of rather than for the welfare state, insofar as its sources of legitimacy may change.

The current US financial crisis is as much a crisis of rather than for the welfare state. In the United States the hypertrophy of housing assets is the other side of the slow decay of the welfare state after the 1980s. Economic growth is the best welfare state, because it removes the need for much state expenditure on behalf of the employed while simultaneously providing revenues to handle residual demand for services. Politically, programs funded from employment based contributions and taxes are more legitimate and robust than unrequited transfers. From 1991 until the 2007 crisis, finance based economic growth in the United States filled in the gaps in America's formal tax and transfer welfare state. Falling nominal interest rates allowed American households to reduce their mortgage expenses by refinancing their mortgages, and to push housing prices up gently and then rapidly (Schwartz 2009). Americans can easily borrow against their notional home equity – the market value of the house above and beyond the mortgage debt. Home equity and mortgage refinance helped power above average US economic and employment growth in the 1990s. In short, homes propped up US aggre-

gate demand, with generally positive macro-economic consequences until the 2000s.

Home equity also provided a substitute for a formal welfare state. Americans bridged the gap between savings and the high cost of their children's university education by borrowing against their home equity. They relied on home equity to supplement meager unemployment benefits and shortfalls in their health insurance. They converted transportation costs – car purchase loans – into cheaper home equity debt. And their houses theoretically provided them with rent free accommodation in retirement if they managed to pay off their mortgage debt. This mattered more and more as defined contribution pensions replaced defined benefit pensions and as those defined contribution pensions yielded low returns. In effect, what are public liabilities in the conservative and social democratic welfare states became private liabilities and particularly private mortgage debt in the United States. As long as the economy kept growing, housing prices and home equity would keep rising, bringing both sides of the household balance sheet together. And the FIRE sector – finance, insurance, real estate – generated steadily rising employment.

Third, the US also exported growth to the rest of the world. The US directly exported aggregate demand to Asia through its trade deficits with China and Japan. It indirectly exported demand to Germany via German capital goods sales to China and directly via German sales to the US. The US and China together accounted for between one and two-thirds of all global growth from 1995 onwards, well above their collective share of global GDP. This was entirely unsurprising in a world in which Japan saw gentle deflation, including a 6.5 percent decline in real wages after 2000, and a Germany in which real wage growth was consistently below the European average after 1995 and domestic demand stayed essentially

flat from 2000 to 2008. Germany's contribution to world growth was above its share of global GDP in only one year after 1991. The collapse of the US growth model of the 1990s thus means additional pressure on European welfare states, because the collapse of the US growth model also implies additional stress on a German growth model built on external demand. Nothing shows this more than Germany's reluctance to run trade deficits to bail out the over-indebted European periphery, even though it is impossible for these countries to make good on their foreign debt without running their own surpluses.

The financial crisis has also spawned a geo-politics that matters for the welfare state. It is tempting to think that the robust automatic stabilizers of the continental welfare states immunize them from fiscal and financial turmoil elsewhere. But current geo-politics is a game over who will be forced to absorb the pain of employment, growth and asset losses. There certainly are positive sum outcomes to this game, if states can find a path toward a cooperative adjustment of trade imbalances and simultaneously reflation. But the historical record suggests this is a low probability outcome. In the medium term it is the deficit countries, not the surplus countries, which have the luxury of the last move. If cooperation fails, deficit countries, and particularly a US as the only state with a reserve currency, can generate domestic reflation by shutting out imports. Shifting demand from imported goods to domestic goods and services raises employment in deficit countries while lowering it in surplus countries. And the United States plausibly has made one of several plausible final medium term moves in pursuing the “Quantitative Easing 2” policy in October, 2010.

Geopolitics is also where aggregate demand and consent meet. Consent doesn't necessarily arise spontaneously from the bottom up as a form of gratitude for generous and competent

services. It can also be created. Three big waves of welfare state expansion also coincide with three big episodes of state restructuring of the economy and polity under the pressure of geopolitical threats. The 19th century homogenization of the population via expansion of the franchise, mass education and mass conscription coincided with first efforts at social insurance and cooptation. Bismarck famously offered a universal male franchise, selective old age and health insurance, and a vocational training system to Germany's workers. But French social welfare via natality policies, British health policy and US old age pensions also have similar origins. States consolidated public support as they geared up for possible wars or repaid political debts for prior ones.

The second big build out of the welfare state occurred in the 1920s, again partly as repayment for past and down payment on future loyalty. Weimar social democracy is in many ways the paradigmatic European example of welfare state expansion. But its achievements were in effect labor's cashing in of IOUs pledged to labor by the state in exchange for labor quiescence on the assembly line. Weimar set the template for the post-war welfare state in Germany as well. Elsewhere, first world war arrangements also lingered. In Japan, the state sponsored and promulgated life time employment at a single employer. In America, efforts to build out and manage assembly line under the War Industries Board and War Labor Board laid the foundations for "American System" welfare in the 1920s. In each case the state bought or created consent by offering inclusionary social policy to at least part of the population.

Finally the maturing of the post-World War II welfare states occurred under the shadow of the cold war. Again, states built and bought internal support, and defined their populations through social policy. In the US a major force for homogenizing the population was the GI bill and the range of post-war housing policies that promoted and subsidized standardized suburban housing. In Europe, of course, elites and US agencies promoted social and Christian democracy as the alternative to Communism. All of this promoted the embourgeoisment of the working class that made a financialized welfare state possible after the end of the Cold War.

It's too early to judge how the emerging geopolitical struggle between the US and China will affect welfare states. (China's export surge, however has been a negative force.) Yet some things are clear. First, we are apparently past

the era of mass armies that animated the state efforts noted above. Second, China does not pose the same kind of ideological threat that the Soviet Union did. Neither factor bodes well for an encompassing, 'one nation' response. Instead, the crisis is breaking down the traditional social base for the public and universal welfare state. Just as the off-shoring of manufacturing erodes the basis for mass society, efforts to cast immigrants as the enemy within erode the basis for a broad social contract. The dominant effort to cope with the financial crisis through austerity exacerbates both, as does the US state's effort to shift the growth and employment pain of the crisis to the surplus countries. Meanwhile in Europe, the deficit countries have a similar – if substantially more apocalyptic – option in that the only way to preserve their welfare states may be to force a crisis of the euro. Even more so than 1992-94, they face a choice between unemployment and following German led austerity. The future of the current welfare state thus lies at the intersection of fights over how and by whom new aggregate demand will emerge.



Herman Schwartz ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität of Virginia in Charlottesville. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Politische Ökonomie, Globalisierung/Entwicklung und komparative Staats- und Sozialstaatsforschung.

schwartz@virginia.edu

Soziale Präferenzen als Transmissionskanal zwischen Ungleichheit und Wachstum: Ein makroökonomisches Laborexperiment

von Fabian Paetzel

Die Analyse des Zusammenhanges zwischen Ungleichheit und Wachstum bzw. Wohlstand ist so alt wie das Philosophieren über die Gesellschaft und die gesellschaftliche Stabilität. Platon (427-347 v. Chr.) betonte, dass bei geringer Reichtumsungleichheit die ökonomischen Anstrengungen der Armen und Reichen groß sind, wohingegen große Ungleichheit zu Unzufriedenheit in beiden Klassen führt und somit negativ auf Wachstum und Wohlstand wirkt (Platon, 1998; Eißel, 2008). Adam Smith und John Stuart Mill als Vertreter der liberalen Wirtschaftstheorie räumen die Notwendigkeit von Umverteilungsmaßnahmen ein, da aus anfänglicher Unzufriedenheit eine gesellschaftliche Spaltung folgen kann, welche negativ auf das Wachstum und den Wohlstand wirkt. Im Kontrast dazu steht Friedrich August von Hayek. Er hebt den positiven Effekt von Ungleichheit auf Wirtschaftswachstum und Wohlstand hervor, ohne dabei notwendige Umverteilungsmaßnahmen zu nennen. Nur durch drohende Armut entstehe ein ausreichender Anreiz, die eigene Situation verbessern zu wollen, wodurch Wachstum und Wohlstand gefördert werden (Eißel, 2008). Dieser "Verteilungskonflikt" inspiriert Philosophen, Politikwissenschaftler, Soziologen und Ökonomen gleicherseits. Heute nimmt das Thema Ungleichheit in der politischen Debatte einen zentralen Stellenwert ein. Die Bundesregierung hat seit 2001 drei Armuts- und Reichtumsberichte anfertigen lassen, in welchen deutlich die Ziele der Armutsbekämpfung, der Reduzierung von Chancenungleichheit durch Reduzierung von Bildungsungleichheit und allgemein der Vermeidung von "zu großer" Ungleichheit in der Gesellschaft betont werden (vgl. Lebenslagen in Deutschland, 2008). Diese Ziele sind nicht neu und finden ihre Umsetzung u.a. im Steuersystem durch die Progression des Einkommenssteuertarifs. Gleichzeitig formuliert die Bundesregierung im "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/15, 09. 11. 2009): "Nur durch nachhaltiges Wachstum können die Folgen der Krise überwunden werden". Die politischen Ziele lauten demnach: Wachstum steigern und Ungleichheit senken.

Aus diesen Zielen lassen sich viele politökonomische Fragestellungen ab-

leiten. Sind diese Ziele komplementär oder diametral zueinander? Besteht überhaupt ein Zusammenhang? Gibt es eine wachstums- und wohlfahrtsoptimale Ungleichheit? Welches ist die relevante Kausalität zwischen Ungleichheit und Wachstum? Wie ist Ungleichheit definiert? Welche Transmissionskanäle werden in der ökonomischen und politökonomischen Literatur diskutiert?

Der in der makroökonomischen Literatur analysierte Effekt von Ungleichheit auf Wachstum führt zu widersprüchlichen Ergebnissen. Die theoretische Analyse stellt verschiedene Transmissionskanäle von Ungleichheit auf Wachstum vor, welche abgesehen von der neoklassischen Theorie einen negativen Effekt postulieren.

Die Argumentationen anhand der Transmissionskanäle Kreditmarktvollkommenheiten, Medianwähleransatz, Eliten und Institutionen und besonders soziopolitische Unzufriedenheit sind einleuchtend und lassen auf einen negativen Effekt schließen. Der Blick in die makroempirischen Arbeiten liefert jedoch ein ernüchterndes Bild. Die ländervergleichenden Studien finden keinen konsistenten Effekt der Ungleichheit auf das Wachstum. Die Mehrheit der Autoren konstatiert allerdings einen schwach negativen Effekt.

Der Transmissionskanal der soziopolitischen Unzufriedenheit misst Unzufriedenheit anhand von Revolutionen und Aufständen und ist damit ein schönes Beispiel dafür, dass Argumentation und Messung anhand von makroökonomischen Kennzahlen stark vereinfachend sind. Die Autoren dieses Literaturstrangs betonen, dass die Integration von mikrotheoretischen Analysen und mikroempirischen Daten in die Untersuchung notwendig ist, um den Effekt von Ungleichheit auf Wachstum besser beschreiben zu können. Die stark vereinfachende Annahme von eigennutzmaximierenden Wirtschaftssubjekten in der Analyse wird der Argumentation der soziopolitischen Unzufriedenheit nicht gerecht.

Stark (2006) sowie Corneo und Jeanne (2001) u.a. berücksichtigen Statuspräferenzen in der Analyse des Effektes von Ungleichheit auf Wachstum. Stark (2006) nimmt kompetitive Präferenzen an und leitet so einen positiven Effekt von Ungleichheit auf Wachstum her, da

die Schlechtergestellten aufschließen wollen und die Bessergestellten ihre Position verteidigen möchten. Corneo und Jeanne (2001) begründen einen negativen Effekt von Ungleichheit auf Wachstum mit der soziopolitischen Unzufriedenheit der Schlechtergestellten einerseits und dem fehlenden Anreiz für die Bessergestellten, ihre Position verbessern zu wollen andererseits. Die oben vorgestellte philosophische Debatte über Ungleichheit und Wohlstand bzw. Wachstum wird durch diese Konzepte in ein modelltheoretisches Korsett gezwängt, ohne eine Antwort auf die Forschungsfrage zu finden. Der Wachstumseffekt hängt hier von Präferenzannahmen ab.

Experimentelle und damit mikrofundierte Analysen bieten hingegen die Möglichkeit, anhand von weniger stark vereinfachenden Messungen auf Gefühle der Deprivation, Unzufriedenheit bzw. prosozialem Verhalten schließen zu können. Charness und Rabin (2002) stellen ein allgemeines Modell vor, das die wichtigsten sozialen Präferenzen durch verschiedene Nutzenbewertungen abbilden kann. Durch Entscheidungen in Experimenten kann rekursiv mittels einer Kalibrierung auf die vorliegenden sozialen Präferenzen geschlossen werden. Der immer wieder geforderten Berücksichtigung von soziopsychologischen Faktoren kann durch die Substitution der Präferenzannahmen durch experimentelle Untersuchungen nachgekommen werden.

Die hier dargestellte Forschungslücke wird in der Dissertationsschrift mittels zweier Makroexperimente bearbeitet. Um eine makroökonomische Fragestellung im Labor bearbeiten zu können bedarf es einer sorgfältigen Überführung in ein passendes Laborexperiment. Nur so kann mit den experimentellen Resultaten eine Extrapolation vorgenommen werden. In der Arbeit wird eine detaillierte Überführung der makroökonomischen Theorie unter Berücksichtigung von mikroempirischen Resultaten in ein experimentelles Design vorgenommen. Die Integration mündet in einem um den makroökonomischen Kontext "geframten" nichtlinearen Öffentlichen-Gut-Experiment, in welchem die Teilnehmer eine Humankapitalinvestitionsentscheidung treffen. Das experimentelle Design garantiert die Berücksichtigung des in der Wachs-

tumstheorie zentralen Elementes der intertemporalen Nutzenmaximierung (Ramsey, 1928) unter Berücksichtigung von Wissens-Spillovers (u.a. Arrow, 1962). Dabei ist ihre Humankapitalausstattung in einem Wissenstest verdient worden. Die Teilnehmer mussten demnach ihre Ausstattung in dem Experiment verdienen. Aus dem Abschneiden im Wissenstest resultierte die Stellung in der Gesellschaft mit dem jeweiligen Humankapitalwert.

Unter Berücksichtigung der Forschungsfrage ist die Treatmentvariable (einzige Variable, welche zwischen den Sitzungen variiert wird) durch die Humankapitalverteilung innerhalb der Gesellschaft definiert, wodurch sich Ungleichheit auf die Humankapitalverteilung bezieht. Alternativ hätte Ungleichheit auch durch die Einkommensverteilung beschrieben werden können. Allerdings ist diese Fokussierung als weniger umfangreich zu bewerten und würde einen Vergleich mit den makrotheoretischen Arbeiten und Konzepten erschweren.

Das erste Experiment ist als einperiodiges Experiment, das zweite ist über 10 Perioden als wiederholtes Spiel durchgeführt worden. Grundsätzlich liefern beide Experimente übereinstimmende signifikante Treatmenteffekte. Neben interessanten Effekten auf der individuellen Ebene kann auf Gruppenebene und damit gesellschaftlicher Ebene ein signifikanter Effekt der Schiefe der Humankapitalverteilung auf das Wachstum festgestellt werden. Weder der Gini-Koeffizient, als das am häufigsten verwendete Ungleichheitsmaß, noch die Varianz der Humankapitalverteilung haben einen signifikanten Effekt auf die gesellschaftliche Ersparnis und damit Wachstum.

Die Kalibrierung der experimentellen Beobachtungen mit dem Modell der sozialen Präferenzen zeigt, dass kein statisches Konzept von Sozialen Präferenzen in der Lage ist, die Ergebnisse zu beschreiben. Vielmehr wird gezeigt, dass die Bewertung des relativen Nutzens und somit die unterschiedlichen Ausprägungen von Sozialen Präferenzen abhängig von der Humankapitalverteilung sind. Bei linksschiefer Humankapitalverteilung ist die Mehrheit der Gesellschaft mit einem hohen Humankapitalwert ausgestattet. Die experimentellen Beobachtungen in diesem Treatment können mit Hilfe von Wohlfahrtspräferenzen nach Andreoni und Miller (2002) erklärt werden. Die bessergestellte Mehrheit gewichtet demnach den Nutzen der schlechter gestellten Minderheit hoch und verhält sich prosozial und spart mehr als aus-

zahlungsoptimal, wodurch die schlechter gestellte Minderheit aufschließt. Die schlechter gestellte Minderheit profitiert stark durch die Wissens-Spillover. Die Ungleichheit sinkt.

Bei rechtsschiefer Humankapitalverteilung ist eine kleine Elite besser gestellt. Die Kalibrierung zeigt, dass die Spieler, die der kleinen Elite angehören, ihren eigenen Nutzen in Relation zu den schlechter gestellten Spielern mit eins gewichten. Dies ist als Bewertung ohne jegliche Berücksichtigung der schlechter gestellten Spieler zu interpretieren. Diese Spieler folgen der eigennutzmaximierenden Nash-Vorhersage. Das Wachstum ist bei rechtsschiefer Humankapitalverteilung am geringsten.

Was ist das zentrale Ergebnis der Arbeit? Die Schiefe der Humankapitalverteilung hat einen Effekt auf die gesellschaftliche Investition in Humankapital und damit auf das Wirtschaftswachstum. Mit größerer Rechtsschiefe sinkt die gesellschaftliche Ersparnis und damit das Wirtschaftswachstum. Die in den Experimenten festgestellte konsistente Abhängigkeit von der Schiefe der Verteilung ist sowohl in den makroempirischen wie auch in der experimentellen Literatur bisher nicht explizit herausgearbeitet worden und bedarf weiterer Analysen. Eine differenzierte Berücksichtigung der Varianz und der Schiefe in den makroempirischen Analysen ist notwendig und würde die Fokussierung auf den Gini-Koeffizienten ersetzen. Die Arbeit zeigt deutlich, wie sensitiv die Wirtschaftssubjekte ihre relative Nutzensgewichtung von ihrer relativen Position in der Gesellschaft abhängig machen.

Wie kann dieses Ergebnis erklärt werden? Anderson et al. (2008, S. 1024) beenden ihr Papier mit den Worten: "In conclusion, the results of this study provide novel support for recent claims that inequality has important "psychosocial" effects that reduce the tendency for cooperation in collective action problems." Die Dissertationsschrift präzisiert die Aussage Andersons et al. in zweifacher Weise.

Erstens ist Ungleichheit nicht gleich Ungleichheit (Varianz vs. Schiefe). Zweitens ändert sich die relative Nutzensgewichtung der Gesellschaftsmitglieder mit unterschiedlicher Schiefe der Humankapitalverteilung. In einer elitären Gesellschaft gewichtet die kleine Elite den Nutzen der schlechter gestellten Mehrheit gering und maximiert den eigenen Nutzen. Das gesellschaftliche Investieren ist relativ gering, ebenso wie das resultierende Wachstum. In

einer Gesellschaft mit einer schlechter gestellten Minderheit (linksschiefe Humankapitalverteilung) gewichtet die besser gestellte Mehrheit den Nutzen der anderen hoch und verhält sich prosozial. Die besser gestellte Mehrheit überinvestiert zur individuell rationalen Vorhersage. Die gesellschaftliche Investition ist relativ hoch, ebenso wie das resultierende Wachstum.

Die Ergebnisse dieser Arbeit führen zu einer Synthese der Argumentation von Platon, Smith und Mill einerseits und von Hayek andererseits. Ungleichheit, gemessen durch die steigende Schiefe, führt grundsätzlich zu einem Sinken von Wachstum und Wohlstand (Platon, Smith und Mill). Von Hayek argumentiert über den höheren Anreiz der Schlechtergestellten, zu den Bessergestellten aufzuschließen zu wollen. Dieser Effekt kann in den Treatments ebenfalls beobachtet werden, da die Schlechtergestellten mehr als auszahlungsoptimal investieren.

Die Berücksichtigung Sozialer Präferenzen bei der Analyse des politökonomischen Zusammenhangs von Ungleichheit und Wachstum ist ein Beispiel für die Übertragung eines mikroökonomischen Konzeptes in makroökonomische und damit gesellschaftliche Analysen. Die Übertragung von Sozialen Präferenzen auf weitere politökonomische und makroökonomische Fragestellungen, wie die Analyse von Mindestlöhnen und Kombilöhnen, der Arbeitsmarktpolitik grundsätzlich, Investitions- und Sparentscheidungen im Allgemeinen, Umverteilungsmaßnahmen und diverse mehr, skizzieren einen weiten Einsatzbereich für zukünftige Makroexperimente.

Die Dissertationsschrift wird im Herbstprogramm des Campus Verlages in der ZeS-Reihe Schriften des Zentrums für Sozialpolitik erscheinen.

Literatur

- Anderson, Lisa; Mellor, Jennifer; Milyo, Jeffrey, 2008: „Inequality and public good provision: An experimental analysis“, *Journal of Socio-Economics* 37: 1010-1028.
- Andreoni, James; Miller, John, 2002: Giving according to GARP: „An Experimental Test of the Consistency of Preferences for Altruism“, *Econometrica* 70 (2): 737-753.
- Arrow, Kenneth, 1962: „The Economic Implications of Learning by Doing“, *Review of Economic Studies* 29 (3): 665-687.
- Charness, Gary; Rabin, Matthew, 2002:

„Understanding Social Preferences With Simple Tests“, *Quarterly Journal of Economics* 117 (3): 817-869.

Corneo, Giacomo; Jeanne, Oliver, 2001: „Status, the Distribution of Wealth, and Growth“, *Scandinavian Journal of Economics* 103 (2): 283-293.

Eißel, Dieter, 2008: *Ungleichheit und Armut als Movens von Wachstum und Wohlstand?* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 54-71.

Lebenslagen in Deutschland, 2008: *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Lebenslagen in Deutschland, der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn: Eigenverlag.

Platon, 1998: „Sämtliche Werke, 1. Auflage 1940, Bd. 2“, in: *Digitale Bibliothek, Bd. 2: Philosophie, Directmedia* (Hg.). Berlin.

Ramsey, Frank, 1928: „A Mathematical Theory of Saving“, *Economic Journal* 38: 543-559.

Stark, Oded, 2006: „Status Aspirations, Wealth Inequality, and Economic Growth“, *Review of Development Economics* 10 (1): 171-176.



Fabian Paetzel arbeitet als Postdoc in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am ZeS weiter und hat die Leitung des Experimentallabors am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Stefan Traub übernommen.

fpaetzel@zes.uni-bremen.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen
UNICOM- Gebäude
Mary Somerville-Str. 5, 28359 Bremen

Redaktion: Dr. Christian Peters

Gestaltung: Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

Sekretariat: Sonja Rose
Tel.: 0421/218-58500 · Fax: 0421/218-58622
srose@zes.uni-bremen.de

Auflage: 500

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115

Der andere Blick: Arbeiten nach der Rente



"Ich hab den Menschen noch so viel zu geben - und sie mir." (Dr. Walter K., 70)



"Würd ich keine Brötchen verkaufen, könnt ich mir bald selbst keine mehr leisten." (Waltraud F., 74)

Der Zeichner: TeER lebt und arbeitet in Hamburg. Seine Grafiken und Malereien sind in zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland zu sehen. Als Illustrator war er u. a. für die Thüringische Landeszentrale für Politische Bildung tätig.

www.teerpark.de

BERICHTE / TAGUNGEN

Sicherstellung einer effizienten Arzneimittelversorgung in der Onkologie

Glaeske, Gerd; Rehrmann, Maike; Höfel, Friederike, 2010: Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Experten: Prof. Dr. Klaus Höffken, Prof. Dr. Wolf-Dieter Ludwig, Prof. Dr. Matthias Schrappe, Prof. Dr. Lothar Weißbach und Prof. Dr. Eberhard Wille.

Unter der fachlichen Leitung von Prof. Dr. Gerd Glaeske wurde das Gutachten erstellt und am 11.01.2011 an Stefan Kapferer, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, in Berlin übergeben.

Das Onkologie-Gutachten wurde im Rahmen des Nationalen Krebsplanes durch das Bundesministerium für Gesundheit 2009 in Auftrag gegeben. Neben einem umfassenden Über-

blick zu Entwicklungen in der onkologischen Arzneimitteltherapie unter medizinischen, arzneimittelrechtlichen, sozialrechtlichen und ökonomischen Aspekten, werden Maßnahmen zur Sicherstellung einer effizienten und evidenzbasierten Arzneimittelversorgung und Behandlung in der Onkologie vorgeschlagen. Dazu gehören u.a. Konzepte zur differenzierten Finanzierung von hochpreisigen onkologischen Arzneimitteln, die Erforschung des Nutzens im Versorgungsalltag und die Sicherstellung einer neutralen Informationsvermittlung mit verstärkter Patientenorientierung. Das Gutachten bildet eine wichtige Basis für Diskussionen und die Arbeit im Nationalen Krebsplan.

Kontakt

Gerd Glaeske
gglaeske@zes.uni-bremen.de

Download unter: <http://www.zes.uni-bremen.de/ccm/content/aktuelles/2011/gazesse-2011-01.de>

Entscheiden: Zwischen Effizienz und Gerechtigkeit

Internationaler Workshop am 17. und 18. März an der Universität Bremen

Am 17. und 18. März fand in den Räumen des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Bremen ein von ca. 40 Teilnehmern besuchter interdisziplinärer Workshop mit dem Titel „Positive and Normative Aspects of Distributive Justice: An Interdisciplinary Perspective“ statt. Den beiden Organisatoren Prof. Dr. Stefan Traub, Abteilungsleiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des ZeS, und Prof. Dr. Bernhard Kittel von der Universität Oldenburg war es gelungen, mit den Ökonomen James Konow (Loyola Marymount University, Los Angeles) und Dorothea Kübler (Wissenschaftszentrum Berlin), dem Politikwissenschaftler Joe Oppenheimer (University of Maryland, College Park), den Soziologen Guillermina Jasso (New York University) und Andreas Diekmann (ETH Zürich), dem Philosophen Stefan Gosepath (Universität Frankfurt) und den Verhaltenswissenschaftlern Judith Avrahami und Yaakov Kareev (Hebrew University of Jerusalem) hochkarätige Gastreferenten zu gewinnen. Der Workshop diente als Teil des durch die NOWETAS Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Entscheidungsprozesse zwischen Kollektiv und Indivi-

duum“, dem zehn Wissenschaftler der Unis Bremen und Oldenburg sowie der Jacobs University angehören, auch der internationalen Vernetzung und Planung weiterer Forschungsaktivitäten zum Beispiel im Rahmen des Forschungsclusters „Welfare Societies“. Gefördert wurde der Workshop zusätzlich durch den Förderverein des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften wiwib e.V.

Inhaltlicher Hauptgegenstand des Workshops war das Thema Verteilungsgerechtigkeit – und zwar aus positiv-deskriptiver Sicht. Das heißt, bei den Vorträgen der Referenten ging es weniger um die Diskussion theoretisch fundierter Gerechtigkeitsnormen sondern darum, wie Menschen sich in realen Verteilungskonflikten verhalten – um über beobachtbare Handlungen und Entscheidungen messbares Gerechtigkeitsempfinden also. Gemeinsam hatten fast alle eingeladenen Experten, dass sie dieses Verhalten mit Hilfe von Laborexperimenten untersuchen. Beispielsweise untersuchte Konow, wie sich die Gerechtigkeitsvorstellungen seiner Probanden änderten, wenn das eigene Wohlergehen nicht nur von eigenen Anstrengungen, sondern auch

von unterschiedlicher Risikobereitschaft geprägt war. Konow stellte fest, dass die Mehrzahl der Probanden einem Prinzip folgte, das man als „entscheidungsabhängigen Egalitarismus“ bezeichnen könnte. Anhand des Rauchens lässt sich diese Gerechtigkeitsvorstellung schön illustrieren: Es gibt zwei Gruppen, die Raucher und die Nichtraucher. Innerhalb der Raucher wiederum gibt es die, die „Pech“ haben – also an Ihrem Laster schwer erkranken – während andere Raucher gesund bleiben. Das obige Prinzip bedeutet nun, dass die Gruppe der Raucher insgesamt für die Behandlungskosten aufkommen muss, weil alle dasselbe Risiko eingehen, während die Nichtraucher außen vor bleiben, weil sie sich bewusst gegen das Risiko entschieden haben.

Kontakt

Stefan Traub
traub@uni-bremen.de

Vierte Master Spring Academy on Policy Analysis

Zwischen dem 31. März und dem 2. April 2011 fand in den Räumlichkeiten des SFB 597 unter Beteiligung von Herbert Obinger die vierte Master Spring Academy on Policy Analysis statt.

Initiiert wurde diese Reihe ursprünglich von Prof. Klaus Schubert (Münster) und Prof. Nils C. Bandelow (TU Braunschweig). Nach Münster, Braunschweig und Berlin wurde die Veranstaltung in diesem Jahr in Bremen abgehalten und dort von Prof. Herbert Obinger (ZeS) und Prof. Nils C. Bandelow organisiert. Mehr als 40 fortgeschrittene

Studierende und Nachwuchswissenschaftler/innen aus dem gesamten Bundesgebiet beschäftigten sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen der Politikfeldanalyse. Neben Professorinnen und Professoren aus dem In- und Ausland konnte auch Herr Dr. Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Verkehr, Bau und Europa der Freien Hansestadt Bremen, als Referent gewonnen werden.



Kontakt

Herbert Obinger
hobinger@zes.uni-bremen.de

Auswirkungen einer häuslichen Pfl egetätigkeit auf den Erwerbsverlauf und das Alterssicherungs niveau durch die GRV

Zu den Leistungen der Pflegeversicherung gehört für Pflegepersonen im Sinne des § 19 SGB XI die Übernahme der Beiträge an die Rentenversicherung, wenn sie einen Pflegebedürftigen wenigstens 14 Stunden wöchentlich in seiner häuslichen Umgebung pflegen, der Umfang ihrer Erwerbstätigkeit 30 Std. in der Woche nicht übersteigt und sie selbst noch keine Altersrente beziehen.

Vor diesem Hintergrund wird im Forschungsprojekt der Frage nachgegangen, inwiefern die Beiträge an die

Rentenversicherung für die Pflegepersonen, die sich aus einer Aufgabe oder Reduzierung der Erwerbstätigkeit ergebenden, Beitragslücken schließen, oder, ob bzw. inwiefern sich die ergebenden Erwerbsunterbrechungen/Erwerbsreduzierungen nachteilig auf den weiteren Erwerbsverlauf auswirken. Damit wird im Projekt der Frage nach durchgehenden oder --- im Fall häuslicher Pflege --- unterbrochenen Erwerbsverläufen und seiner Bedeutung für die Alterssicherung nachgegangen.

Kontakt

Heinz Rothgang
h.rothgang@zes.uni-bremen.de

Rainer Unger
r.unger@zes.uni-bremen.de

Was kommt nach dem Familienlohn? Probleme und Möglichkeiten der Regulierung von Einkommensrisiken bei Normalarbeitnehmer/innen

Das von 2011 bis 2013 von der Hans Böckler Stiftung finanzierte Projekt greift die Debatte um die ‚gefährdete soziale Mitte‘ auf und analysiert die Entwicklung des „Familienlohns“ in verschiedenen Branchen. Ziel ist es, die Armutsgefährdung von NormalarbeitnehmerInnen sowie deren Ursachen aufzuzeigen und Kompensationsstrategien im Rahmen der Sozialpolitik oder durch die Familien zu analysieren, z.B. in Form der Orientierung am ‚adult worker model‘.

Das Konstrukt des Familienlohns galt als ein Bestandteil des Normalarbeitsverhältnisses, ursprünglich gültig für männliche Facharbeiter in industriellen Kernsektoren. Die mit der Veränderung der Tarifpolitik und –struktur einhergehende Entwicklung der Bruttolöhne stellt das Erzielen eines Familienlohns zunehmend in Frage. Im Rahmen des Projektes soll geklärt werden, ob sozialstaatliche Transfers bzw. Steuern in Anlehnung an das männliche Ernährermodell dies kompensieren können oder aber Dienstleistungsangebote zur Stärkung des Zweiverdienermodells im Hinblick auf die Armutsvermeidung sinnvoller sind.

Da die Prekarisierung bestimmter Berufsgruppen im Dienstleistungssektor vielfach mit gewandelten Familienformen, i.e. Alleinerziehende, kumuliert, wird anhand des Vergleichs von Einkommen nach Branchen (Metallverarbeitung und Automobil, Banken und Versicherungen bzw. Gesundheit

und Pflege) dargelegt, ob eine doppelte Geschlechtsspezifität der Armutsgefährdung für Frauen in Dienstleistungsbranchen entsteht.

Die Etablierung bzw. Erosion des „Familienlohns“ wird anhand des IAB LIAB Datensatzes für die Gruppe der NormalarbeitnehmerInnen auf der Basis der Bruttomarktlöhne für ausgewählte Branchen nachgezeichnet.

Das potentielle Armutsrisiko auf Haushaltsebene wird anhand des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) untersucht, zur Erklärung werden log lineare bzw. probit Schätzungen genutzt. Längsschnittdaten bilden Substituierungsprozesse zwischen verschiedenen Lebensbereichen und Armutsdynamiken ab.

Die Entwicklung der Tarifpolitik sowie sozialstaatlicher Regulierungen von Steuern, Transfers und Dienstleistungen werden als Einflussfaktoren für die Entwicklung der Markt- bzw. äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen auf der Basis qualitativer Methoden im Rahmen eines Mehrebenenmodells analysiert.

Der Ländervergleich basiert auf Auswertungen von EU-SILC Daten (im Querschnitt) sowie Primär- und Sekundärquellen von tarif- und sozialpolitischen Regelungen.

Mitarbeiter in diesem Projekt sind Andrea Schäfer, Mag. rer. soc. (ZeS), Dipl. Soz. Ina Berninger (IAW) und Tim Schröder, Magister Soziologie (ZeS).

Kontakt

Karin Gottschall
k.gottschall@zes.uni-bremen.de

Irene Dingeldey
Universität Bremen
Institut für Arbeit und Wirtschaft
dingeldey@iaw.uni-bremen.de

Neue Projekte in der Abteilung "Arzneimittelversorgungsforschung"

1. Erstellung eines Versorgungsreportes Gesundheit – Antibiotikaversorgung bei Kindern

Im Rahmen des Bertelsmann Programmes „Versorgung verbessern – Patienten informieren“ erfolgt eine systematische Klärung der Frage, wie die Gesundheitsversorgung in Deutschland möglichst bedarfsorientiert, effizient und nachhaltig gestaltet werden kann. Ziel des Projektes ist es, Probleme von Über-, Unter- und Fehlversorgung bei der Antibiotikaversorgung bei Kindern und entsprechende Verbesserungspotenziale aufzuzeigen. Der Report dient als Ausgangsbasis für weitere zielgruppenspezifische Kommunikationsprodukte - besonders für die breitere Öffentlichkeit.

2. Versorgung von Demenzpatienten – eine Analyse von Routinedaten

Zur Optimierung der Versorgung von Demenzpatienten erfolgt eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Analyse der Versorgungssituation anhand von Krankenkassenroutinedaten. In Kooperation mit dem Institut für Allgemeinmedizin des Universitätskli-

nikums Eppendorf (UKE) in Hamburg sowie dem Institut für Biometrie der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) werden Längsschnittdaten zu Pflegeleistungen und zur Mortalität erstellt und Komorbiditäten bei Demenzpatienten untersucht. Weitere Aspekte des Projektes sind die regionale Verteilung von Versorgungsleistungen und die medikamentöse Therapie insbesondere mit Psychopharmaka/Neuroleptika. Ziel des Projektes ist es, die für die Praxis relevanten Ergebnisse durch Veröffentlichungen und auf Tagungen und Kongressen möglichst weit öffentlich zu machen.

3. Prävalenz chronischer Erkrankungen, insbesondere des diagnostizierten Diabetes – Unterschiede zwischen Krankenkassen?

Im Rahmen eines vom BMG geförderten Vorhabens wird in Kooperation mit dem Universitätsklinikum und der Medizinische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die Prävalenz chronischer Erkrankungen, mit einem spezifischen Fokus auf Diabetes mellitus, untersucht. Zu den Projekthalten

gehören die Bereitstellung von Daten, das Datenmanagement für Analysezwecke sowie die Verfassung gemeinsamer Publikationen. Eine Analyse der Daten erfolgt im Hinblick auf Fragestellungen zu Unterschieden in der Erkrankungshäufigkeit und der Wechselbereitschaft zwischen den Krankenkassen.

4. Epidemiologische Daten zu diabetischen Folgekomplikationen

Gegenstand des Projektes sind Auswertungsanalysen von Routinedaten in Hinblick auf Fragestellungen zur Mortalität sowie zur Kosten- und Leistungsanspruchnahme nach Eintritt von diabetischen Folgekomplikationen (terminale Niereninsuffizienz, Schlaganfall und Amputationen der unteren Extremität).

Kontakt

Gerd Glaeske
gglaeske@zes.uni-bremen.de

Neu erschienen:

GAZESse 2011/1

Die elektronische Gazette der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung mit Berichten über aktuelle Forschungsergebnisse, Veröffentlichungen und Präsentationen aus laufenden Projekten, Hinweisen auf neue Projekte und Ankündigungen von Veranstaltungen.

Kontakt: Rolf Müller • Telefon: 0421/218-58554 • gazesse@zes.uni-bremen.de

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Seit Anfang des Jahres arbeiten *Steffen Hagemann M.A., Dipl.-Soz. Anna Hokema* sowie *Dipl.-Soz. Thomas Lux* in der Emmy-Noether-Nachwuchsforschungsgruppe "Erwerbsarbeit jenseits der Rentengrenze", die in der Abteilung "Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat" angesiedelt ist und von Dr. Simone Scherger geleitet wird. Die DFG-geförderte Nachwuchsforschungsgruppe wird in den nächsten drei Jahren die Formen und Bedingungen von Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in den Ruhestand im deutsch-britischen Vergleich untersuchen.



deutsch-britischen Vergleich untersuchen.



Dipl. Soz. Ina Berninger hat am 1. April 2011 ihre Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Sozialpolitik aufgenommen und arbeitet an einem Kooperationsprojekt mit dem Institut für Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen zum Thema „Was kommt nach dem Familienlohn?“. Sie war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln tätig und promoviert derzeit dort über den Einfluss des institutionellen Kontextes auf Fertilität in Europa. Weitere Forschungsinteressen sind Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Frauenerwerbstätigkeit, Prekäre Beschäftigung und Armut.



Tim Schröder M.A. hat am 1. April 2011 seine Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Geschlechterpolitik des Zentrums für Sozialpolitik aufgenommen und arbeitet dort im Projekt „Was kommt nach dem Familienlohn?“. Er absolvierte seinen Magisterabschluss in Soziologie und Kulturwissenschaften zum Thema „Migration im Lebensverlauf“. Als freier Mitarbeiter war er im Projekt „Betrieb

und Beschäftigung im Wandel“ am SFB 580 der Universität Jena tätig. Seine Forschungsinteressen sind: Lohn und Beschäftigung im Betrieb sowie Familien- und Erwerbsverläufe im Wohlfahrtsstaat.



Sebastian Finkler ist seit Januar 2011 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung beschäftigt. Herr Finkler studierte Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Lunds Universität in Schweden. Betreut durch Prof. Dr. Stefan Traub arbeitet er im Rahmen seiner Dissertation an dem Projekt "Mikrosimulation der Verteilungswirkung von Rentenreformen".



Nach ihrem Studium in Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz arbeitete *Dr. Hongyan Yang* als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Bernd Genser am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft der Universität Konstanz. Seit April 2011 ist sie als Postdoc in dem von Prof. Dr. Stefan Traub und Prof. Dr. Philipp Genschel geleiteten Forschungsprojekt "der Steuerstaat und die internationale Steuerpolitik" des Sonderforschungsbereichs beschäftigt.



Dipl. Pol. Valentin Schröder hat am 16. April 2011 seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik aufgenommen. Er promoviert zurzeit an der Universität Potsdam mit einer Arbeit zum Initiativmonopol der Europäischen Kommission in den Entscheidungsverfahren im EU-Ministerrat. In seinen Arbeiten untersucht Schröder die Fundierung und die Wirkungsweisen sozialer Institutionen.



Jonas Pieper M.A. arbeitet seit April 2011 in der Abteilung "Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates" und beschäftigt sich im Themenbereich „Wohlfahrtsmärkte“ mit der Rolle von Unternehmen in der Sozialpolitik. Er studierte Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik in Bremen und Lissabon.



Jana Schulze M.A. ist seit April 2011 in der Arbeitsgruppe Versorgungsforschung im Bereich Arzneimittel als Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“ tätig.

Mitgliedschaften

Prof. Dr. Winfried Schmähl, ehemals Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik, wurde als Mitglied in den neu geschaffenen Beirat des "Zentrum Altern und Gesellschaft" (ZAG) der Universität Vechta berufen, dessen konstituierende Sitzung am 1. April 2011 stattfand.

Mehr Aufmerksamkeit für psychische Erkrankungen Medizinkongress am 28. Juni 2011 in der Katholischen Akademie in Berlin

Am 28.06.2011 findet der 6. Medizinkongress der BARMER GEK und des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen zum Thema „Mehr Aufmerksamkeit für psychische Erkrankungen!“ statt.

Der diesjährige Medizinkongress richtet seine Aufmerksamkeit wieder auf ein dringliches Thema in unserem Gesundheitssystem: Behandlungshäufigkeiten und -kosten von psychisch erkrankten Menschen, z.B. bei Depressionen und Abhängigkeitserkrankungen, steigen in den letzten Jahren dramatisch an. Auf gesellschaftlicher und medizinischer Ebene ergeben sich damit neue Herausforderungen und notwendige Maßnahmen:

- Verbesserung von frühzeitiger Diagnostik, evidenzbasierten Therapien und adäquater gesellschaftlicher Begleitung
- Stärkung der Akzeptanz von psychischen Erkrankungen
- Entwicklung von koordinierten und integrierten Versorgungskonzepten
- Anpassung und Steuerung der Kostenentwicklung.

Ziel des Kongresses ist es, zur Standortbestimmung und zur Entwicklung von Zukunftskonzepten beizutragen, um eine hohe Qualität der medizinischen Diagnostik und Versorgung psychischer Erkrankungen sicherzustellen.

Wir fordern neue angemessene Behandlungs- und Betreuungskonzepte mit verstärkter Patientenorientierung. Dazu gehören auch Unterstützungen bei Veränderungen des Lebensstils Betroffener sowie mehr präventive Maßnahmen. Veranstaltungsort ist wieder die Katholische Akademie, Hotel Aquino, in Berlin.

Kontakt

Cornelia Trittin
ctrittin@zes.uni-bremen.de

Workshop der Arbeitsgruppen Health Geography und Infektionsepidemiologie der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie

Am 19. und 20. Mai findet der Workshop der AGs Health Geography und Infektionsepidemiologie der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie statt. Organisiert wird die Veranstaltung von Daniela Koller für die AG Health Geography (ZeS) und Rafael Mikołajczyk für die Infektionsepidemiologie (BIPS). In den Räumen des BIPS wird es zu Workshopbeginn eine gemeinsame Vortragssession geben, zu der Thomas Kistemann (Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit, Universitätsklinikum Bonn) und Hans-Hermann Thulke (Helmholtz Zentrum für Umweltforschung) als Gastredner eingeladen sind. Ziel des Workshops ist es, vor allem die Schnittstellen zwischen Infektionsepidemiologie und Gesundheitsgeographie darzustellen, es werden Themen behandelt wie beispielsweise

die (klein-)räumliche Verteilung von Infektionen oder aber auch der Einfluss des Klimawandels auf die Verbreitung von Erregern. Am Freitag werden in Parallelsessions die Themen der jeweiligen Arbeitsgruppen vorgestellt. Hierbei wird die AG Health Geography, die letztes Jahr neu gegründet wurde, an die Themen ihres letztjährigen Workshops (organisiert von Werner Maier, Helmholtz-Zentrum München) anschließen und die Verbindung von Epidemiologie, Versorgungsforschung oder Sozialmedizin mit räumlicher Statistik, Anwendung von Geoinformationssystemen und geographischen Methoden weiter stärken. Es werden ca. 40 Teilnehmer erwartet, die an den beiden Tagen zu den zahlreichen Vorträgen und diesem jungen Forschungsfeld diskutieren werden.

Kontakt

Daniela Koller
dkoller@zes.uni-bremen.de

Gesundheitspolitisches Kolloquium

Sommersemester 2011

Wie werden wir in Zukunft pflegen? Handlungsoptionen und Reformszenarien zum „Jahr der Pflege“

Bundesgesundheitsminister Rösler hat das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Damit verweist er nicht nur auf die vielfältigen zukünftigen Herausforderungen für die Pflegeversicherung, sondern auch auf die dringende Notwendigkeit, dieses System weiterzuentwickeln. Zu den „Reformbaustellen“ gehören dabei die Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ebenso wie eine Finanzreform der Pflegeversicherung. Im Fokus des Kolloquiums stehen aber nicht nur strukturelle Probleme. Auch die Frage, wer in Zukunft pflegen soll, muss thematisiert werden: Einer steigenden Zahl Pflegebedürftiger, darunter insbesondere Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, steht ein sinkendes familiales Pflegepotential gegenüber. Nach wie vor ist die Familie jedoch der „größte Pflegedienst der Nation“ und die Unterstützung pflegender Angehöriger ist und bleibt angesichts des drohenden und zum Teil auch schon sichtbaren Pflegenotstands von zentraler Bedeutung. Solange nicht Mittel und Wege gefunden werden, den Pflegeberuf mit besseren – auch finanziellen – Perspektiven zu versehen, kann die sich auftuende Versorgungslücke nicht ohne weiteres durch professionelle Pflege geschlossen werden. Letztlich versprechen nur gemischte Pflegearrangements unter Einschluss von Familie, Pflegediensten und zivilgesellschaftlichem Engagement eine Lösung. Hier muss umgedacht und neu organisiert werden, hier besteht Reformbedarf, wobei auch die Schnittstellen ins Gesundheitssystem beachtet werden müssen.

Wie kann und soll also in Zukunft gepflegt werden? Wer soll leistungsberechtigt sein? Welche Leistungen sollte die Pflegeversicherung vorsehen und wie können diese finanziert werden? Über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die Pflegeversicherung und die Vorschläge zu ihrer Bewältigung wollen wir im Rahmen des Gesundheitspolitischen Kolloquiums diskutieren und hoffen dabei auf Ihr Interesse.

Moderation: Prof. Dr. Heinz Rothgang (ZeS/Universität Bremen); die Vorträge finden jeweils mittwochs statt, Beginn ist 20 Uhr.

Veranstaltungsort: Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, 28195 Bremen
Anfahrtsplan unter www.hausderwissenschaft.de

Es nehmen Stellung:

- | | |
|--------------|--|
| 4. Mai 2011 | 20.00 Uhr
<i>Prof. Dr. Heinz Rothgang</i>
Leiter der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung des Zentrums für Sozialpolitik, Universität Bremen
Die notwendige Finanzreform in der Pflegeversicherung |
| 18. Mai 2011 | 20.00 Uhr
<i>Prof. Dr. Stefan Görres</i>
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Public Health und Pflegeforschung, Universität Bremen
Pflegenotstand in der Langzeitpflege: Welche Gegenstrategien sind möglich? |
| 25. Mai 2011 | 20.00 Uhr
<i>Klaus Dumeier</i>
Leiter des Referates Pflege des GKV-Spitzenverbandes, Berlin
Die zukünftige Weiterentwicklung der Pflegeversicherung aus Sicht der Krankenkassen |

8. Juni 2011 20.00 Uhr
Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung
Wege aus der Demographie-Falle: Vom Pflegeheim zum Stadtteilhaus
15. Juni 2011 20.00 Uhr
Dr. Jürgen Gohde
Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, Köln
Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff als Instrument der Veränderung
22. Juni 2011 20.00 Uhr
Armin Lang
Vorsitzender des Bundesausschusses des Sozialverbandes VdK Deutschland
Pflegeberatung – ein Instrument der Versorgungsoptimierung und -steuerung
29. Juni 2011 20.00 Uhr
Manfred Adryan, Direktor Leistungsmanagement der AOK Bremen / Bremerhaven
Elsbeth Rütten, Vorstandsvorsitzende „Ambulante Versorgungslücken e.V.“, Bremen
Prof. Dr. Gerd Glaeske, Co-Leiter der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung des Zentrums für Sozialpolitik, Universität Bremen
Dreiergespräch auf dem „Roten Sofa“: Schnittstellenprobleme im Verhältnis gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung
6. Juli 2011 20.00 Uhr
Dr. Hanneli Döhner
Leiterin des Arbeitsschwerpunktes Sozialgerontologie am Institut für Medizinische Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Pflegende Angehörige als Rückgrat der Pflege – Welche Unterstützungsmaßnahmen gibt es, wie werden sie genutzt und wie kann die Pflegebereitschaft erhalten werden?

Neuerscheinungen



Mirella Cacace, 2011: *Das Gesundheitssystem der USA – Governance-Strukturen staatlicher und privater Akteure*. Schriftenreihe des Zentrums für Sozialpolitik, Bd. 23. Frankfurt/New York: Campus.

Mirella Cacace beschreibt die Entwicklung des US-amerikanischen Gesundheitssystems von den 1930er Jahren bis heute und erklärt den Wandel mithilfe der neuen Institutionenökonomie. Es zeigt sich, dass das System - entgegen der Idee von »freien Märkten« - eine immer stärkere Steuerung erfahren hat. Bemerkenswert ist dabei, dass nicht nur staatliche, sondern private Akteure hierarchische Governance-Strukturen etablierten, insbesondere durch »Managed Care«-Modelle.

Neuerscheinung in der ZeS-Arbeitspapier-Reihe



Winfried Schmäh, 2011: *Warum ein Abschied von der „neuen deutschen Alterssicherungspolitik“ notwendig ist*. ZeS-Arbeitspapier 01/2011. Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik.

Anfang dieses Jahrhunderts wurden - angesichts sich ändernder demographischer und ökonomischer Bedingungen - als „alternativlos“ bezeichnete politische Entscheidungen getroffen, die die deutsche Alterssicherungslandschaft grundlegend verändern sollen und tiefgreifende Folgen für die Einkommenslage im Alter wie auch für das System der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) haben werden – sofern der eingeschlagene Weg weiter beschritten wird. In diesem Beitrag wird zuerst die „neue deutsche Alterssicherungspolitik“ hinsichtlich ihrer zentralen Elemente und Ziele charakterisiert, bevor auf wichtige sozial- und verteilungspolitische Wirkungen der Maßnahmen eingegangen wird. Die Darstellung konzentriert sich auf

- die steigende Höhe und veränderte Verteilung der Belastung für Altersvorsorge;
- die Einkommenslage im Alter und insbesondere Altersarmut;
- die steigende Ungleichverteilung der Alterseinkommen;
- das Konzept der GRV, deren politische Legitimation und Akzeptanz in der Bevölkerung und die mögliche Folge einer grundlegenden Systemtransformation der GRV.

Abschließend werden Elemente einer alternativen Strategie skizziert, um die in diesem Beitrag aufgezeigten negative Effekte zu vermeiden. Diese Strategie orientiert sich an der Zielvorstellung, dass in der GRV eine Rente mit Lohnersatzfunktion finanziert werden sollte, die bei längerem Vollzeitberuf zu einem deutlich über die steuerfinanzierte bedarfs- oder bedürftigkeitsgeprüfte (armutsvermeidende) Mindestsicherung hinausreichenden Leistungsniveau führt und zugleich eine Teilhabe der Rentner an der wirtschaftlichen Entwicklung auch während der Rentenlaufzeit realisiert, basierend auf einer engen Beziehung zwischen dem Vorsorgebeitrag und der Rentenleistung. Die unstrittig wichtigen Elemente der betrieblichen und privaten Alterssicherung sollten allerdings die GRV ergänzen und nicht – wie jetzt beschlossen – (zumindest partiell) ersetzen. Erfolgt dieses Umsteuern in der Politik nicht, so dürfte die GRV zu einer stark umverteilenden staatlichen „Basisversicherung“ werden. Das entspräche auch Vorstellungen u.a. der Weltbank und vieler Ökonomen und ähnelte dem System, das Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland geschaffen wurde.

Zeitschrift für Sozialreform • Journal of Social Policy Research



Heft 1/2011

mit Beiträgen von:

Felix Wilke; Lisa Haller; Annette Henninger und Christian Wimbauer; Hans-Uwe Bach; Eugen Spitznagel; Ursula Dallinger

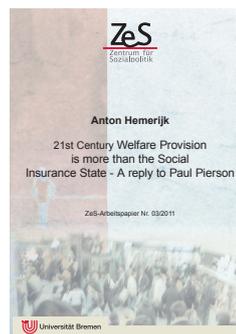
Die ZSR wird vom Verlag Lucius & Lucius verlegt.

Redaktioneller Sitz ist am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.

Kontakt

Tanja Klenk
tklenk@zes.uni-bremen.de

Neuerscheinungen in der ZeS-Arbeitspapier-Reihe



Paul Pierson, 2011: *The Welfare State over the Very Long Run*. ZeS-Arbeitspapier 02/2011. Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik.

Neue Daten ermöglichen uns heute die Messung, wie sich die Generosität von Sozialleistungen in den letzten drei Jahrzehnten entwickelt hat – also in jener Phase, in der die reichen Demokratien in das “Zeitalter der Austerität” eingetreten sind. Im Vergleich zu den Erwartungen der Machtressourcen-Theorie und zu historischen Erfahrungen zeigen die Daten eine bemerkenswerte Stabilität im Hinblick auf die Höhe der Sozialleistungen. Dieser Befund besitzt erhebliche Implikationen für die Sozialstaatsforschung. Diese sollte sich nicht mehr nur auf die Erklärung der Unterschiede von Outcomes im Zeitverlauf und zwischen Ländern beschränken, sondern auch die Frage stellen, weshalb oftmals die zu erklärenden Unterschiede so gering sind. Gleichzeitig geht die Stabilität der Sozialleistungen Hand in Hand mit dramatischen Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld und tiefgreifenden Umwälzungen in der Nachkriegsordnung. Die Konsequenzen dieser Stabilität verstehen wir nur dann, wenn wir sie als Teil einer umfassenden sozialen Transformation begreifen.

Anton Hemerijk, 2011: *21st Century Welfare Provision is more than the Social Insurance State - A reply to Paul Pierson*. ZeS-Arbeitspapier 03/2011. Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik (im Erscheinen)

Anton Hemerijcks paper reflects on the important lecture ‘The Welfare State Over the Very Long Run’, delivered by Paul Pierson, at the London School of Economics on 8 November 2010, on the occasion of the launch of Oxford Handbook of the Welfare State. Pierson’s explanation for what he sees as the surprising stability of the welfare state over the past three to four decades of “permanent austerity” is largely rooted in fears of electoral retribution and organized interest opposition against social reform. This article highlights both the empirical and theoretical limitations of the conjecture of change-resistant welfare states. Empirically, it highlights a fair number of qualitative reorientations in social insurance provision, macroeconomic policy priorities, labour market policy and regulation, industrial relations, old age pension, social services and social policy administration. The observation of profound social reform raises important theoretical issues for the comparative study of

welfare state development. If policy makers, contrary to received wisdom, do engage in major reforms in spite of many institutional obstacles and negative political incentives, what distinguishes these actors and the institutional conditions under which they operate, from the seemingly more general case of welfare inertia. In conclusion, the article argues that the readiness to use information feedback from past performance, new ideas and expertise and the inspiring reforms successes in many countries, should count as important conduits or mechanisms explaining reform?

Eine kostenfreie Downloadoption zu den Arbeitspapieren finden Sie unter 'Publikationen' auf www.zes.uni-bremen.de

2011 erscheint weiterhin:

Philip Manow und Patrick Emmenegger

Why were the 'women-unfriendly' Welfare States of Southern Europe electorally sustainable? Religion, Labor Force Participation and the Female Vote, 1970-2010



ZeS

Zentrum für
Sozialpolitik

Jour-fixe Reihe Sommersemester 2011

- Mi., 18.05.2011
16.00 Uhr Prof. Dr. John D. Stephens, Center for European Studies,
UNC Chapel Hill
**The Social Democratic Welfare State in a Globalized
Economy**
- Mi., 15.06.2011
16.00 Uhr Holger Pressel, AOK-Baden-Württemberg/Universität
Konstanz
Zur strategischen Ausrichtung der Krankenkassen
- Mi., 13.07.2011
16.00 Uhr Prof. Dr. Karin Gottschall, Zentrum für Sozialpolitik,
Universität Bremen
**Frauenfreundliche Wohlfahrtsstaaten? Zur Bedeutung
öffentlicher Beschäftigung für Gleichstellung im Länder-
vergleich**

Ort:

Zentrum für Sozialpolitik
Unicom, Mary-Somerville-Str. 5, 28359 Bremen
3. OG., Raum 3380

Kontakt:

Zentrum für Sozialpolitik, Geschäftsstelle, Telefon: 0421/218-58500
eMail: srose@zes.uni-bremen.de



Universität Bremen